

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 264 =====

Maximilian Robespierre als doktrinärer Revolutionär

Von

Dr. Charlotte Sempell

=====

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Inhalt.

| | |
|---|----|
| Maximilian Robespierre vor der Revolution | 5 |
| Die theoretische Grundlage | 8 |
| Der Abgeordnete des dritten Standes | 15 |
| Der Kampf um den Fortgang der Revolution | 21 |
| Die Abänderung der Theorie | 26 |
| Vor dem Eintritt in die Regierung | 33 |
| Die Konzeption der revolutionären Regierung | 37 |
| Der Sturz der Parteien | 42 |
| Der Höhepunkt | 43 |
| Der Sturz | 48 |
| Schlußfolgerung | 53 |

Maximilian Robespierre vor der Revolution,

Maximilian Robespierre stammt aus einer Advokatenfamilie in der französischen Provinzstadt Arras. Sein Vater wird uns als ein düsterer und verschlossener Mensch geschildert, dagegen soll die Mutter eher heiter und anmutig gewesen sein. Jedenfalls war sie von zarter Gesundheit und starb nach der Geburt des vierten Kindes. Nach diesem Schlag sperrte sich der Vater ganz von aller Welt ab. Er unternahm eine größere Reise von der er nie zurückkehrte. Man vermutet, daß er im Ausland, in Deutschland oder Amerika, in geistiger Umnachtung gestorben ist. Maximilian war das älteste Kind, Frucht einer vorehelichen Beziehung seiner Eltern. Er hatte noch zwei Schwestern, von denen die jüngere früh starb, während die ältere längere Zeit mit ihm zusammen lebte und ihn sehr vergötterte. Als sie sich aber mit dem jüngsten Bruder, der gleichfalls an Maximilian hing und ihm in den Tod folgte, entzweite, kühlte sich das Verhältnis zwischen den Geschwistern ab. Beim Tode der Eltern wurden die Geschwister getrennt, die Knaben kamen auf Schulen, während sich weibliche Verwandte der Erziehung der Mädchen annahmen. Maximilian erhielt eine Freistelle im Lycée Louis le Grand in Paris. Ob er diese Stellung als drückend empfunden hat, ist nicht ersichtlich. Die Briefe, die er an seinen Vormund richtet, sind sehr selbstbewußt, fast ein wenig anmaßend. Besonderen Wert legte er auf sorgfältige Kleidung. Einmal fordert er vom Vormund neue Kleider, seine alten genügten nicht mehr. Was für eine Stellung er unter den Knaben einnahm, wissen wir nicht genau. Es scheint, daß er nicht sehr beliebt war. Auch seine Leistungen sind nicht besonders auffallend. Irgendwie aber muß er schon damals unter seinen Altersgenossen hervorgeragt haben, denn man überträgt ihm die Ansprache an Louis XVI. als dieser beim Regierungsantritt das Gymnasium besucht. Dies ist die einzige Tatsache an die wir uns halten können, denn die Aussagen über seine Leistungen und seinen Charakter stammen von einem Lehrer, der sein erbitterter politischer Gegner war, als er sie niederschrieb. Jedenfalls absolviert der junge Maximilian frühzeitig seine juristischen Studien, die er im Anschluß an das Gym-

nasium aufnahm und ließ sich in Arras als Advokat nieder. Sicherlich hat bei der Wahl des Berufes die Familientradition eine Rolle gespielt, dann aber auch wohl die Aussicht auf eine öffentliche Wirksamkeit, nach der der junge Mann gestrebt haben mag.

Über die Zeit, die Maximilian als Advokat in Arras zubrachte, besitzen wir ausreichendes Material. Von unschätzbarem Wert für die Vorstellung, die wir von dem Menschen Robespierre erhalten, sind die Aufzeichnungen seiner Schwester, die dem Junggesellen das Haus führt und uns von seinen Lebensgewohnheiten berichtet. Sie schildert uns den Bruder, als einen Menschen, der ein sehr geregeltes und anspruchsloses Leben führte. Er liebte einfache Kost mit viel Früchten, stand früh auf und ging früh schlafen, liebte einsame Spaziergänge, die er jeden Tag um die gleiche Stunde ausführte. Er sprach wenig und war oft in Gedanken versunken, so daß er vergessen konnte, daß es Essenszeit war. Einmal soll er sich in seiner Zerstretheit die Suppe auf das Tischtuch geschöpft haben. Bei geselligen Zusammenkünften legte er seine Schweigsamkeit nicht ab. Er schloß sich aber nicht von den damals üblichen Veranstaltungen aus. Wir finden ihn als Mitglied einer poetischen Vereinigung, wo er sehr mäßige Gelegenheitsverse schmiedete. Seine Schwester will auch wissen, daß er sich um eine junge Dame werbend bemüht habe. Jedenfalls hatte das keine weiteren Folgen. Ob er in der Gesellschaft beliebt war, ist schwer zu sagen. Äußerlich war er nicht anziehend. Sehr klein, fast zu zierlich für einen Mann, hatte er eine unangenehm grünelbe Haut, von der alle Zeitgenossen sagen, daß sie abstoßend wirkte. Vielleicht war sein Hang zu einsamer Grübeleien ein Versuch, seine körperliche Häßlichkeit durch den Glanz des Geistes zu überdecken. Zudem war er physisch, wenn nicht ganz, so doch weitgehend frigid. Nach der vitalen Seite fehlen ihm die Kräfte und Antriebe. Das wies von selbst ins Reich der Gedanken.

Aus den Registern der Gerichte kann man unschwer feststellen, daß seine Tätigkeit als Advokat nicht eben erfolgreich zu nennen war. Er verfocht mit Vorliebe Fälle, wo es arme und Unterdrückte zu vertreten galt und solche, denen ein Vorurteil zugrunde lag. Berühmt wurde der Blitzableiterprozeß, wo eine Gemeinde einen Hausbesitzer verklagte, weil er auf seinem Haus einen Blitzableiter angebracht hatte, von dem sie glaubten, daß er

die Blitze anzöge. Trotz seiner Bemühungen verlor Robespierre diesen Prozeß. Die Bauern waren keiner Belehrung zugänglich, und um Unruhe zu vermeiden, mußte der Blitzableiter wieder entfernt werden. Eine ähnliche Neigung, gegen Vorurteile aufzutreten bewies der junge Advokat durch eine Beteiligung an einem Preisausschreiben der Metzger Akademie, wo er nachwies, daß es auf einem grundlosen Vorurteil beruhe, wenn man eine ganze Familie mit Schande belegte, weil ein Mitglied derselben einer Gerichtsstrafe verfallen war.

Dieser Kampf gegen die Vorurteile entsprach der Zeitrichtung. Lebte er doch am Ende des 18. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Aufklärung. Ohne Zweifel war dieses Jahrhundert besonders in Frankreich reich an Theorien. Das Denken als solches wurde kultiviert. Das kommt der Neigung Maximilians entgegen. Auf das Gebiet der Gedanken verlegt er seinen Ehrgeiz, der im tätigen Leben so wenig Befriedigung fand. Mit was für hohen Idealen mag er auf seinen einsamen Spaziergängen, in seiner stillen Studierstube umgegangen sein. Dabei verrät er keinen Hang zu Diskussionen. Er bekämpft die Gegner allgemein als Advokat, berufsmäßig, nach sorgfältiger Vorbereitung und sonst schriftlich. In seinen Abhandlungen, die er für die Preisausschreiben verschiedener Akademien verfaßte, wendet er sich gegen die unbestimmte Allgemeinheit, nicht gegen Einzelne. In seinen Prozessen verteidigt er nicht das Individuum, sondern den typischen Fall. Die Sache der Armen, oder derjenigen, die einem Vorurteil zum Opfer gefallen waren. Der Einzelfall war ihm nur ein Anlaß gegen einen allgemein empfundenen Mißstand vorzugehen.

Sein auf das Allgemeinwohl gerichtetes Denken zeigt den Einfluß Rousseaus, der in der Tat die entscheidende Rolle in seinem Leben gespielt hat. Er muß sich schon früh mit dessen Ideen befaßt haben, denn aus einigen Andeutungen, die er gelegentlich machte, geht hervor, daß er noch als Schüler einmal nach Ermenonville gepilgert ist, um Rousseau seine Verehrung auszudrücken. Für unser Thema, das den Revolutionär Robespierre zeigt, ist in erster Linie der Einfluß des Contrat Social auf den Advokaten wichtig, denn dies Buch bildete seinen Leitstern durch die Revolution. Aus ihm stammt sein Wunschbild des Staates, den umzugestalten er entscheidenden Anteil nahm.

Die theoretische Grundlage: Der Gesellschaftsvertrag von J. J. Rousseau.

J. J. Rousseau stellt sich im Zusammenhang seiner Philosophie das Problem des Staates wie folgt: eine Art der Vergesellschaftung zu finden, die als Ganzes die Person und die Güter des Einzelnen schützt, und in der der Einzelne, obwohl er seine ursprüngliche Unabhängigkeit zugunsten des Ganzen aufgibt, dennoch nur seinem eigenen Willen folgt. Die Form, unter der ihm das möglich erscheint, hat er in seiner Staatsutopie, dem „Contrat Sociale“, dargestellt. Der zeitliche und sachliche Ursprung des Staates ist hier der freiwillige Zusammenschluß aller unter einem Vertrag, der die Gesellschaft begründet. Jeder gibt, indem er sich dem Ganzen anschließt, seine Person und seine Güter unter die Garantie der neuen Gemeinschaft. Er verliert seine natürliche willkürliche Freiheit, alles zu tun und zu lassen, was ihm gefällt, alles zu erlangen, was er mittels seiner Kraft gewinnen kann, er erhält dafür den Schutz des Staates, für das, was er besitzt. Der Naturzustand des Kampfes aller gegen alle weicht der organisierten Ordnung des Staates. In dem Einzelmenschen vollzieht sich dadurch die Umwandlung von dem, dem Tier gleichstehenden Naturmenschen, der seinem Instinkt folgt, in ein moralisches Wesen, das sich der Gerechtigkeit beugt. Hierdurch erlangt er aber erst die wahre, die moralische Freiheit. An Stelle der Gleichheit der natürlichen Lebensbedingungen tritt die Gleichheit des Gesetzes und der Moral, welche vorzuziehen ist, da sie die Ungleichheit der Kräfte und Begabungen unterbindet. Dieses Ziel wird erreicht, indem an die Stelle der vielen Einzelwillen, die zur Ungleichheit streben, der allgemeine Wille tritt, der zur Gleichheit strebt. Dieser allgemeine Wille ist die höchste Autorität im Staate. Er ist der Kollektivwille des Volkes, der seiner Natur nach, das allgemeine Wohl suchen muß. Denn, da jeder gleich ist, denkt bei der Bestimmung des allgemeinen Willens jeder zunächst an sich

selbst. Er muß aus Eigennutz, der Natur des Menschen, das allgemeine Wohl wollen, weil er ja als Bestandteil des Ganzen den von ihm selbst getroffenen Entscheidungen unterliegt. Das Volk kann zwar getäuscht werden, über das, was sein Wohl ist, aber es kann nie korrupt werden, denn die Gleichheit, eine der Grundlagen dieses Staates, setzt voraus, daß die Macht nicht in Gewalt ausartet und daß niemand so reich ist, daß er die Meinung eines Anderem kaufen kann noch jemand so arm, daß er sich verkaufen möchte.

Der allgemeine Wille ist nicht schlechthin die Summe aller Einzelwillen, sondern das, was von den vielen Einzelwillen sozusagen als Essenz übrig bleibt, wenn man die individuellen Nuancen davon abzieht. Technisch gilt es bei wichtigen Angelegenheiten möglichst Einstimmigkeit zu erzielen, bei eiligen dagegen genügt eine Stimme Mehrheit. Durch diese zwei äußersten Fälle sind die Grenzen, in denen sich das Ganze praktisch zu halten hat, bestimmt. Der allgemeine Wille wird ausgeübt vom Volk, das die höchste Herrschergewalt im Staat darstellt. Daher sind kleine Staaten besser als große, denn hier kann man das Volk besser versammeln. Das Volk als höchste Gewalt kann nicht durch gewählte Abgeordnete vertreten werden. Es kann aber, wo die Versammlung des Volkes undurchführbar ist, Beauftragte seines Willens wählen. Dies geschieht praktisch in allen großen Staaten. Die Beauftragten des Volkes können nicht definitiv entscheiden. Alles unterliegt der mindestens schweigenden Zustimmung des Volkes. Andererseits können sie keine Einzelmaßnahmen anordnen. Sie können nur Gesetze erlassen, die das Ganze betreffen. Sie können als Vertretung des Ganzen nur für das Ganze handeln, weil sie sonst ein Einzelinteresse vertreten würden, wodurch sie den allgemeinen Willen, den sie darstellen, verletzen und somit den Gesellschaftsvertrag brechen würden. So können sie z. B. das Königtum als Institution beschließen, aber nicht einen bestimmten König einsetzen. Nur, was vom Ganzen für das Ganze beschlossen ist, ist Gesetz. Alle Einzelbestimmungen sind Verordnungen u. dergl. Aber wie soll man gute Gesetze machen? Das Volk will das Gute und sieht es nicht, der Einzelne sieht es vielleicht, aber er will es nicht, weil es seinem

Interesse zuwiderläuft. Aus dieser Schwierigkeit ergibt sich die Notwendigkeit eines Gesetzgebers. Dieser müßte gar keinen Willen für sich haben, keine eigenen Interesse vertreten, und dennoch bereit sein, sich mit dem Wohl des Ganzen zu beschäftigen. Diese Anforderung erfüllt nur Gott. Der Gesetzgeber müßte jedenfalls außerhalb der Gesellschaft stehen. Er muß Gesetze machen können, die das Volk, so wie es heute ist, noch nicht versteht, weil es ja durch die Gesetze zu einer neuen moralischen Höhe geführt werden soll. Da diese Gesetzgebung wie gesagt nur einem Gotte möglich wäre, kommt Rousseau, ohne den Gedanken zu Ende zu führen, endgültig doch auf das Volk zurück, das als Ganzes die Gesetze erlassen soll.

Anders steht es mit der Regierung. Diese kann nicht nur, sondern muß vom Volk bestimmten Mitgliedern übertragen werden. Sie ist die Konzentration der Gewalt des Volkes zum Zwecke ihrer praktischen Durchführung. Die Mitglieder der Regierung sind aber nur Ausführungsorgane des Volkswillens, sie sind daher jederzeit absetzbar. Das Kontrollorgan bildet die in regelmäßigen Abständen sich versammelnde gesetzgebende Versammlung, der jedesmal die Frage vorzulegen ist, ob sie noch mit der bestehenden Staatsform sowie mit der gegenwärtigen Regierung zufrieden sei. Die gesetzmäßige Regelmäßigkeit der Versammlung allein bürgt für die wirksame Kontrolle, da sonst die Regierung immer Vorwände finden könnte, eine außerordentliche Versammlung zu verhindern. Es muß ein gutes Gleichgewicht herrschen zwischen der Macht der Regierung und der Macht des Volkes. Die Regierung darf keinen Willen für sich haben, denn dann würde es im Staate zwei höchste Gewalten geben, das Volk und die Regierung, eine legale und eine faktische. Dies zu vermeiden, ist umso nötiger, als sich außer dem Einzelwillen der Regierungsmitglieder auch noch ein Corpsgeist der Regierung als solcher bilden kann, der gleicherweise dem Ganzen schadet. Am schlimmsten aber ist es, wenn die Exekutive Einfluß auf die Legislative bekommt, denn schlimmer als der Mißbrauch der Gesetze ist es, wenn der Einzelwille Einfluß auf die Gesetzgebung selbst bekommt, weil dann das Wesen des Gesetzes als Ausdruck des allgemeinen Willens zerstört, der Organismus in seinen Grundlagen angegriffen wird. Ein besserer Garant aber, als alle Gesetze,

sind die guten Sitten, denn diese fördern mehr als jene die Moralität, die die Grundlage des Staates ist. Das ist der Einbezug des Moralischen in die Sphäre des Staates.

So fährt denn Rousseau logisch fort: Das Christentum schadet dem Staat, weil es neben ihm noch eine zweite Instanz schafft, die über das Leben bestimmt. Es lenkt die Bürger vom Staat ab, indem es alles Diesseitige als unwesentlich bezeichnet. Daher hat der Staat das Recht, den Bürgern ein ziviles Glaubensbekenntnis abzuverlangen, nicht als Religion, sondern als Bekenntnis zur Gesellschaft. Seine Dogmen sollen sein: Die Existenz eines höchsten Wesens und der Unsterblichkeit, das Glück der Gerechten, die Strafe der Schlechten, die Heiligkeit des Gesellschaftsvertrages und der Gesetze und die Toleranz. Die Gewissensfreiheit des Einzelnen bleibt nur so weit bestehen, wie sie dem Staat nicht schadet, die bloße Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber ist aber schon als schädlich zu betrachten. Diese Menschen sind nicht wegen ihres Glaubens, sondern als unsozial vom Staate auszuschließen.

Die Lehre vom Gesellschaftsvertrag, die ausging von der Betrachtung, wie dem Individuum im Staate neben der größtmöglichen Sicherheit die größtmögliche Freiheit gewährt werden könnte, endet mit der Forderung an den Einzelnen, sich ganz in den Dienst des Staates zu stellen. Rousseau erscheint dies nicht einmal als Widerspruch, denn sein Staat beruht ja auf der freiwilligen Vereinigung der Einzelnen, und sein Gehalt wird von dem zu einem Ganzen zusammengeschlossenen Willen jedes Einzelnen bestimmt. Jeder unterliegt, indem er sich dem Staate einfügt, letztlich nur seinem eigenen Willen, den er einmal und entscheidend bei Abschluß des Vertrages betätigt und den kundzutun er späterhin dauernd das Recht behält. Daß dieses Recht der Freiheit sehr illusorisch wird in dem Augenblick, wo der Staat konsolidiert ist und eine Macht darstellt, der das Individuum nicht gewachsen ist, zieht er nicht in Betracht. Der allgemeine Wille wird über das Ganze gesetzt. Er kann in der Theorie Rousseaus nicht entarten, weil die Voraussetzung für die Verwirklichung der reinen Demokratie, die Gleichheit, als bestehend angenommen wird. Er will die Gleichheit auf den Eigennutz der Menschen gründen. Dies wäre nur möglich in einem Staat, in dem jede, nur einem Ein-

zelen Gewinn bringende, dem Staate schädliche Handlung von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Das aber wäre bei der naturgegebenen Unterschiedlichkeit der Menschen nur der Fall unter einem starken staatlichen Zwang, der eben als Verkörperung des allgemeinen Willens aufträte. Das Ergebnis wäre Diktatur und nicht Demokratie. Hier liegt die Schwierigkeit der Theorie. Rousseau kennt keine höhere Instanz als das Volk selbst. Er hat bei den Schranken, mit denen er namentlich die Regierung umgibt, sehr wohl den Mißbrauch des Volkswillens durch ehrgeizige Personen im Auge. Aber letztlich setzt sein Staat die Einsicht und Uneigennützigkeit des Volkes, d. h. aller Einzelnen, voraus. Er selbst war sich wohl bewußt, daß die Menschen diesen hohen Anforderungen nicht genügen. Daher seine wiederholte Forderung, daß die neue Art Staat erst den neuen moralischen Menschen schaffen müsse, d. h. aber, durch die Freiheit den Menschen schaffen zu wollen, der allein fähig ist, in der Freiheit zu leben. Daher die Forderung eines Gesetzgebers, der Gott sein müßte. Im wesentlichen aber ist die ganze Abhandlung nicht gedacht als Rezept zur praktischen Gestaltung des nichtabsolutistischen Staates, es handelt sich vielmehr um den Versuch einer theoretischen Begründung eines Staates, der nicht mehr als Eigentum oder Werkzeug des Herrschers betrachtet wird. Die Widersprüche in der Abhandlung selbst erklären sich durch die gelegentlichen Abschweifungen in das Gebiet der Praxis. Hier aber taucht immer wieder das Problem der Organisation des Staates auf, mit Menschen, die der hohen moralischen Voraussetzung Rousseaus keineswegs genügen, ein Problem, das nur zu lösen ist, wenn man sich über die Aufgaben des Staates klar wird und so einen Maßstab bekommt für die Abgrenzung des für den Staat notwendigen Zwanges gegen die für die Persönlichkeit notwendige Freiheit. Rousseau findet keine Lösung des Problems. Sein „Contrat Social“ ist eine Utopie und er ist sich dessen wohl bewußt, denn er sagt abschließend, wenn die Menschen so gut wären, daß sie einer reinen Demokratie fähig wären, so brauchten sie überhaupt keinen Staat.

Mit diesen Lehren machte sich Maximilian Robespierre in früher Jugend bekannt. Es ist der entscheidende Einfluß in seinem Leben, der seine ganze politische Laufbahn bestimmen sollte. Rousseau aber war Philosoph. Er war als Mensch verbittert, er-

kannte die Beschränkungen der Menschennatur und setzte an das Ende seines Werkes ein „Non possumus“. Robespierre ist jung, als er das Buch liest. Er hat keine Lebenserfahrung, oder vielmehr seine Lebenserfahrung ist beschränkt. Wie alle jungen Menschen glaubt er nicht, daß alle Menschen so sind wie die, die er bisher kennen lernte. In dem Stadium mußte er, — jeder junge Mann würde das Gleiche tun, — den Skeptizismus Rousseaus übersehen. Jugend hat noch keinen grundlegenden Zweifel an die Realisierbarkeit des Guten. Erst eine gewisse Summe von Erfahrungen führt zu der Erkenntnis, daß die Menschen keine Engel sein können. Was aber geschieht Robespierre? Er liest Rousseau und zieht daraus den Schluß, daß die Menschen gut sein könnten, wenn der Staat anders organisiert wäre. In seiner Umgebung findet er Viele, die mit den bestehenden Umständen hadern. Er sieht sich bestärkt in seinen Auffassungen, denn die Einschränkungen und die Resignation der älteren Leute übersieht er. Er wird erfaßt von dem Willen, den Menschen gut zu machen. Es ist eine Art Menschenliebe, die ihre Nahrung in einer abstrakten Vorstellung findet. Im allgemeinen wird die Vorstellung von der allgemeinen Güte des Menschen dann aufgegeben, wenn die ersten Zweifel an der eigenen Vollkommenheit auftauchen. Selbstkritik ist ein notwendiger Bestandteil der Einsicht in das Wesen der Menschen. Derjenige, der seine eigenen Grenzen erkennt und anerkennt, wird von den andern Unfehlbarkeit weder fordern noch erwarten. Und hier versagt Robespierre. Er besitzt keine Selbstkritik. Nicht der leiseste Zweifel an die eigene Vortrefflichkeit und die Allgemeingültigkeit seiner Ideen hat ihn je getrübt. Er hielt sich für ein vorbildliches Exemplar der menschlichen Gattung. Warum sollten die andern nicht ebenso musterhaft werden können wie er selbst? Um zu dieser Auffassung zu kommen, bedurfte es nur eines gewissen Mangels an Intelligenz. Er frönte keinem Laster, er beging keine weithin sichtbaren Verbrechen. Es bedurfte schon eines gewissen Sinnes für Nüancen, um seinen eigenen Unvollkommenheiten nachzuspüren, und der fehlte ihm. In dieser Selbstgerechtigkeit überhörte er die Zweifel des verehrten Meisters. Einsam träumte er von einer vortrefflichen zukünftigen Menschheit. Die

Menschen, denen er begegnete und die diesem Ideal nicht entsprachen, würden eben nicht Glied des zukünftigen Tugendstaates sein. Er schuf sich ein Weltbild aus seiner vorgefaßten Meinung. Nie fiel ihm ein, seine Theorie, den so gewaltsam vereinfachten Rousseau, an der Wirklichkeit, an seinen Erfahrungen zu kontrollieren, geschweige denn zu korrigieren. Seine Welt waren die Gedanken und wehe wenn die tatsächliche Welt nicht mit dieser übereinstimmte.

Ohne die Revolution wäre er vielleicht ein phantastischer Träumer in der Provinz geblieben. Aber nun fiel in sein Leben dieser großartige Versuch eines ganzen Volkes, den vollkommenen Staat zu gründen. Er wurde von ihm hingerissen, wie seine Zeitgenossen. Es handelte sich nicht um eine planmäßige Umgestaltung des Staates. Die Revolution sah anders aus als unsere heutigen. Wie ein Naturereignis, ohne politische Führer und ohne konkretes Programm kam sie über Frankreich. Es war nichts Festes zu dem man von vornherein Stellung nehmen konnte. Robespierre drängte sich sofort in die politische Laufbahn. Vielleicht war es ihm sehr erwünscht aus seinem wenig erfolgreichen Advokatendasein heraus zu kommen. Er kandidierte als Abgeordneter des dritten Standes und wurde gewählt. Er zählte damals 31 Jahre und die fünf Jahre seines Wirkens in der Revolution vergingen wie ein Wirbelwind. Alle Entwicklungen machte er mit rasender Geschwindigkeit durch. Aus dem einsam meditierenden Menschheitsbeglucker wurde der Terrorist, als der er in die Geschichte einging.

Der Abgeordnete des dritten Standes.

Der Beginn der Revolution ist nicht Robespierres Stunde. So lange es sich darum handelt, das werdende Neue mit dem vergehenden Alten in eine fruchtbare Verbindung zu bringen, so lange diese Möglichkeit eines Kompromisses noch besteht, d. h. so lange der König noch lebt, ist der Platz des jungen Abgeordneten in der Opposition, wo er engstirnig und einseitig immer wieder die gleichen Gedanken proklamiert und nach ihnen die Wirklichkeit gestalten will. Er dachte nicht daran, auf Grund des einmal Erreichten, von den Theorien Rousseaus, mit denen er sich durchdrungen hatte wie kein anderer, zu lassen. Hinter allem Geschehen steht für ihn unverrückbar die Aufgabe, den Gesellschaftsvertrag in die Wirklichkeit umzusetzen. Dies ergab in dieser ersten Zeit der Revolution, in der durchaus noch nicht feststand, was sie für eine Wendung nehmen würde, zwei Forderungen, einmal, die Gestaltung der Verfassung gemäß jenen Ideen zu beeinflussen, dann, da er sah, daß in dieser ersten Zeit das Ziel nicht erreicht, ja nicht einmal gewünscht würde, die Revolution in Gang zu halten. Diese beiden Gedankengänge beherrschten sein Wirken in der ersten verfassungsgebenden Versammlung, der Constituante. Daneben versuchte er schon bald, sich im Klub der Jakobiner eine Plattform zu verschaffen, die sich auf das Volk im Gegensatz zu den Volksvertretern stützte. In beiden Versammlungen gewann der sehr junge, schüchterne, aber ehrgeizige Advokat schnell an Einfluß. Vorläufig allerdings nur negativ, als Opposition. Einige weit-sichtige Zuhörer sahen schon damals in ihm den zukünftigen Führer.

Nicht das Forum der Realpolitiker war sein Platz. Seinen Einfluß suchte er auf der Seite des Volkes. Jeder, der noch mit der bestehenden Regierung paktierte, jeder, der den Gesellschaftsvertrag nicht unbedingt anerkannte, war für ihn erledigt. Aber die Masse, das Volk, war gut. Daran glaubte er. Bei allen Aufständen dieser ersten Zeit riet er zur Milde, wenn es sich

um das Volk handelte. Die Bauern seien nur irregeleitet, die Städter aufgeregt durch die Lebensmittelknappheit, die der Perfidie der Gegenrevolution zuzuschreiben sei. Die Soldaten aber könne man nicht für ihre Insubordination bestrafen, weil die adeligen Offiziere Gegenrevolutionäre seien und unpatriotische Handlungen von ihnen verlangen. Dagegen plädiert er für äußerste Strenge gegen diese wie gegen alle angeblichen Vaterlandsverräter. Nur wenn darauf die Rede kommt, spürt man schon etwas von dem späteren Terroristen. Sonst erscheint er eher als ein weicher, leicht zu Mitleid bereiter Mensch. Im Augenblick steht für ihn das Volk im Vordergrund, das beschützt werden soll und nicht die Gegner der Revolution, die er strafen will.

Sein erstes rednerisches Auftreten gilt der Freiheit: Preßfreiheit, Redefreiheit, Freiheit der Beamtenkritik, Freiheit der Wahl der Geschworenen und gerichtlichen Verteidiger, wie ein roter Faden zieht sich diese Forderung durch alle seine Reden in der Nationalversammlung und bei den Jakobinern. Daneben, nicht weniger wichtig, steht der Kampf um die Gleichheit. Vor allem focht er für das allgemeine gleiche Wahlrecht. Im Januar 1790 hatte er sogar das Gerichtskomite der Nationalversammlung soweit gewonnen, daß er in seinem Namen die Abschaffung des Zensus, der das Wahlrecht noch einschränkte, fordern konnte. Er ging taktisch äußerst geschickt vor, indem er anfang, die bestehenden Steuerungleichheiten in Frankreich zu schildern, wobei ihm niemand widersprechen konnte, und dann nachwies, zu wieviel Ungerechtigkeiten der Zensus bei diesen Verhältnissen führen müßte. Die Zeit für seine Forderungen war noch nicht gekommen. Er unterlag auf der ganzen Linie. Vergebens sein Auftreten gegen die Unterscheidung von Aktiv- und Passivbürgern. Vergebens der Hinweis, daß das Bürgerrecht ein unveräußerliches Naturrecht sei. Nur in dem am wenigsten wichtigen Punkt, der Verleihung des Bürgerrechts ohne Unterschied der Hautfarbe, drang er durch. Die Schwarzen erhielten theoretisch das gleiche Recht wie die Weißen. Die Plantagenbesitzer wußten schon dafür zu sorgen, daß diese Entscheidung keine praktischen Folgen hatte. Eine wirksame Kontrolle über die Kolonien war im Zeitalter des Segelschiffs sehr erschwert.

Ein zweiter erbitterter Kampf gilt dem König. Robespierre sprach sich nirgends grundsätzlich gegen die Monarchie aus. Dies schon jetzt zu tun war Marat, dem Volksfreund, vorbehalten. Robespierres Ausgangspunkt war der Rousseaus, daß das Volk souverän sei. Davor verblaßte nicht nur der Einfluß der Volksvertretung, davor verblaßte erst recht die Stellung des Königs. Der Monarch bildete mit den Ministern die Exekutive. Wir haben gesehen, wie sehr Rousseau diese einzuschränken sucht. Auch sein Schüler ist von dem gleichen Mißtrauen gegen jeden Träger der Macht beseelt. Der König sollte keinerlei Einfluß auf die Legislative oder die Gerichte haben. Nicht einmal das Begnadigungsrecht durfte er ausüben, da dies eine richterliche Funktion sei. Er hatte keinerlei wichtige Entscheidungen zu treffen. Das Recht über Krieg und Frieden stand der Nation allein zu. Sie könnte es ihm übertragen, aber sie mißtraut ihm. Er darf nur im Verein mit der Legislativen Außenpolitik machen. Als die Frage der Vereinigung Avignons mit Frankreich dieses Problem stellte, trat Robespierre vor allen andern dafür ein, daß der König nicht mit dem Papst darüber zu verhandeln hätte, sondern daß der bloße Wille der Avignoneser, sich an das freie Frankreich anzuschließen, als Rechtsgrundlage dieser Gebietsveränderung genüge, ohne daß der Papst, ihr bisheriger Oberherr, darüber etwas zu sagen hätte. Daher erübrige es sich, daß der König mit ihm über Kompensationen verhandle. Gesetz der internationalen Beziehungen sollte in Zukunft nicht mehr das Recht der Herrscher, sondern das der Völker sein — Nach der Flucht von Varenne ist es Robespierre, der die Bestrafung des Königs fordert. Er sei zwar unverantwortlich für alle politischen Handlungen, da diese von den Ministern gegengezeichnet würden, aber er sei verantwortlich für persönliches Verbrechen. Ein solches glaubt er in der Flucht zu entdecken, während die Nationalversammlung an der Version einer Entführung des Königs festhält. Da er sieht, daß die Versammlung den König freisprechen wird, verlangt er eine Volksbefragung, seine letzte Instanz. Der Souverän selbst soll über das Schicksal seines Angestellten „Comis“ sagt Robespierre, was in der Versammlung großen Tumult hervorruft, entscheiden.

Die Konstituante war einberufen worden, um die zukünftige Verfassung Frankreichs zu beraten. An dieser Debatte nimmt Robespierre regen Anteil. Hier bringt er seine radikalen Ideen zum Ausdruck, handelt es sich doch darum, den neuen Staat zu formen. Er will nicht nur die Macht des Königs sondern auch die der Legislative durch das Volk einschränken. Freilich wich er hierin oft zurück, z. B. in der Frage von Krieg und Frieden, in der erst das Volk, dann die Legislative zuständig sein soll. Um wenigstens etwas zu erreichen, kam er der herrschenden Meinung hin und wieder entgegen. Es war ein Kampf um die Auffassung von der Volksvertretung. Rousseaus These, daß die Gewalt des Volkes nicht delegierbar sei, ließ sich, angesichts der Unmöglichkeit dauernder Volksbefragung, schlecht aufrechterhalten. Die gesetzgebende Versammlung war praktisch nicht zu entbehren. Es blieb schließlich als wichtigstes und fast einziges Recht des Volkes gegenüber der Legislative das der Einberufung eines Nationalkonvents bestehen, d. h. das Volk durfte sein Mißfallen über die bestehende Verfassung ausdrücken, indem es eine neue verfassunggebende Versammlung einberief.

Im übrigen hing die zentrale Regierung von der Legislative ab, die die Minister wählte und die Gesetze beschloß. Die provinzielle Verwaltung dagegen ging aus örtlichen Wahlen hervor. Robespierre trat hier besonders lebhaft für die direkte Abhängigkeit vom Volk ein. Ferner durften die Minister nicht gleichzeitig Abgeordnete sein. Wenn ein Volksvertreter zum Minister gewählt wurde, mußte er auf eins der beiden Ämter verzichten. Freilich wurde dies Prinzip später gleich den meisten der ersten enthusiastischen Zeit durchbrochen. Robespierre versuchte dagegen, die richterliche Gewalt mit der Legislative zu verknüpfen, indem er das Kassationsgericht, d. h. die oberste Appellationsinstanz, in den Schoß der Versammlung verlegt wissen wollte. Er stützte diesen Antrag mit dem Argument, daß die Überwachung der Ausübung der Gesetze nicht die Aufgabe des Richters, sondern die des Gesetzgebers selber sei, da nur dieser wissen könne, wie das Gesetz gemeint gewesen. Das davon zu unterscheidende oberste Gericht, die Instanz, die über Hochverrat zu urteilen hatte, sollte selbstverständlich eine

selbständige Körperschaft sein, nur wollte Robespierre, es sollte über eine bewaffnete Macht verfügen, da es hauptsächlich gegen die Großen zu kämpfen habe. Eine sonderbare Verquickung von Recht und Gewalt.

Im übrigen verfocht er auf dem Gebiet des Gerichts- wie des Heerwesens den unbedingten Standpunkt der Gleichheit. Jeder sollte ohne Unterschied des Vermögens Geschworener so gut wie Mitglied der neu zu bildenden Nationalgarde werden können. Das bedeutete nicht nur Abschaffung des Zensus, sondern gleichzeitig Gewährung einer Indemnität für die, die zu arm waren, um dem Vaterlande Arbeitstage zu opfern. Es ist die Bildung einer Plutokratie, der Herrschaft des wohlhabenden Bürgertums, die der mittellose Advokat bekämpft. Sein Kampf für die Aufrechterhaltung oder besser Einführung der Gleichheit erstreckt sich auf alle Gebiete des nationalen Lebens. Die Nationalgarde, die Truppe der Revolution, müsse so eingerichtet sein, daß erstens, die Exekutive sie nicht mißbrauchen und zweitens sie nicht selbst die Macht ergreifen könnte. Daher solle man sie so bürgerlich wie möglich gestalten. Die Grade sollen nur auf kurze Zeit verliehen und nur innerhalb des Dienstes getragen werden. Die Truppe sollte Sold erhalten, damit auch der Arme in sie eintreten könne. Das Gleiche wiederholt sich auf dem Gebiet der Kirchenpolitik. Die Hierarchie wird bis auf den Bischof abgeschafft, das Volk wählt die Geistlichen, die Gehälter werden herabgesetzt, ja die Priester sollen an das bürgerliche Leben gebunden werden, dadurch, daß man ihnen die Ehe gestattet. Freilich diesen ketzerischen Gedanken ließ ihn die Nationalversammlung nicht aussprechen. Er mußte sich mit Andeutungen begnügen. Seine besondere Sorge galt den Mönchen, deren Orden aufgelöst wurden. Ihnen, besonders den alten Bettelmönchen, will er ein reichliches Gehalt gesichert wissen.

Robespierre kann innerlich die erste Verfassung der Revolution, die ein Kompromiß ist, nicht billigen. Sie entspricht nirgends seinem Ideal. Er schließt sich ihr an, weil er als Einzelner nicht das Recht in sich fühlt, dem Willen der Allgemeinheit zu widerstehen. Beim Ausgang der Konstituante war er bereits einer der Lieblinge des Volkes. Die Masse spürte durch

sein Auftreten die Überzeugung hindurch, daß er sie für gut hielt, daß er sich auf sie stützte. Er verteidigte nicht nur ihre Belange, er schien sie zu lieben. Sie durchschauten nicht den Mechanismus seiner Gedanken, das Utopische. Sie sahen nicht, daß er nur ein Idealbild vom Volk liebte, nicht das Volk selbst mit seinen Fehlern und Tugenden. Das sah er gar nicht. Dazu kam, daß er im Gegensatz zu den andern Revolutionären, vor allem zu Mirabau und Danton, an seiner einfachen Lebensweise festhielt, das er wirklich keine Vorteile für sich begehrte. Auch der Umstand, daß er am Spitzenjabot festhielt, daß er sich nicht revowutionär kleidete, mochte ihm Sympathien eintragen, mußte es doch der Masse schmeicheln, das jemand, der nicht aus ihren Reihen kam, der sich von ihnen unterschied, soviel von ihnen hielt. Andererseits erstanden ihm mit der wachsenden Popularität die ersten Feinde. Die Zeit der Legislative, der ersten nach der neuen Verfassung gewählten Volksvertretung, der er nicht angehörte, da auf seinen Antrag hin die Mitglieder der Nationalversammlung nicht wiedergewählt werden konnten, ist für ihn eine Zeit persönlicher und gedanklicher Kämpfe, die ihn zwar in manchen Punkten von dem starren Theoretizismus lösten, gleichzeitig aber sein Leben immer enger mit dem der Revolution verknüpft.

Der Kampf um den Fortgang der Revolution.

Die Flucht des Königs löste nicht, wie wohl zu erwarten, ein neues Aufflammen des revolutionären Elans aus, sondern unter dem Einfluß der herrschenden Minister, der sogenannten Feuillanten und vor allem Lafayettes, des Generals der Nationalgarde, entwickelte sich eine gegenrevolutionäre Strömung. Die Freisprechung des Königs von Seiten der Nationalversammlung, das Massaker auf dem Marsfeld wegen einer von den Jakobinern ausgehenden Petition, die eine Volksbefragung über das Schicksal des Königs verlangte, und endlich die Abspaltung des Klubs der Feuillanten von den Jakobinern, waren die äußerlich sichtbarsten Zeichen der rückläufigen Bewegung. Wenn die Gegenrevolution nicht voll einsetzte, so lag dies lediglich an der Entschlußlosigkeit des Königs und seiner Ratgeber. Die Revolution war in Gefahr.

Der Klub der Jakobiner war durch den Austritt der Mehrheit seiner Mitglieder in seiner Existenz bedroht. Er hätte sich wahrscheinlich aufgelöst, wenn nicht Robespierre an ihm festgehalten und allzugroße Nachgiebigkeit den Dissidenten gegenüber verhindert hätte. Er machte ihn erst recht zum Schauplatz seines Wirkens und hob ihn bald über seine frühere Bedeutung empor, wodurch seine eigene, jetzt überragende Stellung im Klub größeres Gewicht erhielt. Beinahe hätte die Legislative ein Gesetz erlassen, das die Wirksamkeit der Klubs lahmgelegt hätte. Es blieb aber bei einer abgeschwächten Form, die ihnen verbot, der Ausführung von Gesetzen Hindernisse in den Weg zu legen und als politische Verbände Petitionen einzureichen. Robespierre sprach in seiner Auslegung dem Klub dennoch die Möglichkeit der Kritik der Gesetze zu, so lange die Legislative sie noch nicht endgültig verabschiedet habe, als ein unveräußerliches Recht aller Bürger. Was die Petitionen betraf, so verlangte die Gesellschaft keine politischen Rechte als Körperschaft. Ihre Mitglieder könnten sich als einfache Bürger zur Unterzeichnung

einer Bittschrift zusammentun. Die Aufgabe des Klubs sei überhaupt keine politische, sondern eine moralische. Er wehrt sich gegen die Behauptung, der Klub übe einen Druck auf die öffentliche Meinung aus. Er mache nicht die Meinung des Volkes, er folge ihr nur, sei ihr prägnantester Ausdruck. In Wahrheit übte der Klub vor allem durch die Korrespondenz mit den zahlreichen Tochtergesellschaften in ganz Frankreich einen beträchtlichen Einfluß auf die Meinung des Volkes aus. Die Reden vermochten seinen Charakter als einer politischen Gesellschaft kaum zu verschleiern. Robespierre selbst nahm doch zu allen aufkommenden Fragen Stellung und mußte sich mehr als einmal gegen den Vorwurf verteidigen, er habe die bestehenden Gesetze angegriffen, was als Verstoß gegen den allgemeinen Willen, also als revolutionäre Todsünde, galt. Bald entbrannte vor diesem Forum ein heftiger politischer Redekampf um die Frage des Krieges, das erste Duell Robespierres mit den Führern der zukünftigen Gironde.

Die große Redeschlacht zwischen Robespierre und Brissot über den Krieg fand im Januar 1792 statt. Während Brissot, und mit ihm fast die ganze Legislative, begeisterte Anhänger eines Propagandakriegs waren, bemühte sich Robespierre zu zeigen, daß man erst die Revolution im Innern beenden müsse, ehe man an eine Propagierung derselben nach außen denken könne. In diesem Augenblick sei ein derartiges Unternehmen nur ein Plan des Hofes, um die Freiheitsbewegung zu vernichten. Man verschweige dem Volke die Schwierigkeit. Man habe keine guten Generäle. Und falls man den Krieg mit ihnen gewänne, würden sie eine Reaktion herbeiführen, wenn man ihn verliere, sei es das Ende Frankreichs. Aus den Reden sprach vor allem Robespierres Furcht vor einer Gegenrevolution, wie er sich denn auch nicht genug tun konnte im Warnen vor den Intrigen, vor der Unterdrückung der Freiheit, vor Lafayette, den er schließlich zum Symbol alles Übels stempelte. Das Aufspüren und Anzeigen von Feinden der Revolution lag seinem mißtrauischen verschlossenen Wesen besonders nahe. Diese Reden, deren Wirkung noch unterstützt wurden durch die von ihm herausgegebene Zeitschrift „*Defenseur de la Constitution*“ — Verteidiger der Verfassung, die er in ihrem Entstehen heftig

bekämpft hatte — trugen ihm die endgültige Feindschaft von Brissot, Guadet, Louvet, der Gironde, ein. Im April mußte er sich energisch gegen ihre Angriffe wehren. Sie warfen ihm vor allem vor, sich zum Idol des Volkes gemacht zu haben und die Jakobiner zu terrorisieren. Das zeigt die Bedeutung, die sie ihm beimaßen, trotzdem er im Kampf gegen den Krieg unterlegen war. Als dieser jedoch im Frühjahr erklärt wurde, stellte sich Robespierre sofort um. Er jammerte nicht über das Geschehene, sondern forderte nur eine energische Kriegsführung. Nach den ersten Niederlagen predigte er, daß man die ganze Sache besser vorbereiten müsse durch Propaganda im Feindesland und vor allem dadurch, daß die Unternehmung definitiv den Charakter eines Volkskrieges gegen die Tyrannen erhalte. Man solle den Truppen revolutionäre Generäle geben, und sie würden sich wie Helden schlagen. Disziplin sei gewiß der Kernpunkt des Heeres, aber sie dürfe nicht darin ausarten, daß man die Soldaten wegen ihres Patriotismus bestrafe. Alle diese Übelstände könnten durch eine gründliche Reorganisation der Armee beseitigt werden. Dazu aber müsse man zunächst Lafayette stürzen. Während Robespierre also anfänglich den Krieg vermeiden wollte, weil er Komplikationen für den Fortgang der Revolution fürchtete, benutzte er ihn, als er einmal Tatsache geworden ist, für die Revolution, wie er sie wollte.

Die Stellungnahme der Kriegsfrage gegenüber spiegelt aber auch die prekäre Lage Robespierres in diesem Abschnitt der Revolution. Die Gefahr der Reaktion war im Winter 1791/92 besonders drohend. Robespierre sah dies. Er mußte die Revolution wieder auf die Beine bringen, weil seiner Meinung nach ihre Aufgabe noch nicht erfüllt war. Dabei durfte er nicht so radikal vorgehen, um nicht die ganze Sache zu verderben. Die Vorsicht entsprach auch seiner theoretischen Einstellung. Es war sein Dogma, daß der Wille des Volkes heilig sei. Aber er konnte irre geleitet werden. Die Verfassung, deren einzelne Artikel er in der Nationalversammlung bekämpft hatte, war unantastbar in dem Augenblick, in dem das Volk sie annahm. Von hier aus gesehen wäre die Revolution zu Ende gewesen. Aber gab es nicht Intrigen, gab es nicht Verräter, die das arme, unwissende Volk betrogen? War es demgegenüber nicht Pflicht

jedes Patrioten die Masse aufzuklären, auf die Mängel der Gesetze und der Verfassung hinzuweisen? Robespierre setzte auseinander, daß man das bestehende Gesetz als Ausdruck des Volkswillens zwar anerkennen müsse, daß man ihm gehorchen müsse, aber niemand könne verlangen, daß man es deshalb auch für gut halte. Gehorsam den bestehenden Gesetzen, bis das Volk selbst, ihr einzig berechtigter Ursprung, ihre Abänderung verlange. Das Recht der freien Kritik erlaube jede Beeinflussung des Volkes, denn nur im Gegeneinander der verschiedenen Meinungen könne es die Wahrheit finden. Eine Insurrektion war legal, wenn sie vom ganzen Volk gleichzeitig ausging. Das aber erschien fast unmöglich bei einer so großen Nation wie der französischen, noch dazu bei der Langsamkeit und Unsicherheit der damaligen Verkehrsmittel. Das Volk von Paris übernahm die führende Rolle. Man mußte einen Augenblick an einem Fortgang der Revolution zweifeln. Da half der Krieg, den Robespierre so sehr bekämpft hatte. Er brachte die Geister wieder in Bewegung.

Der Feldzug des Frühjahrs 1792 schlug fehl. Nirgends ein Erfolg. Die Feinde rückten langsam vor. Die Teuerung setzte ein. Das Volk wurde unzufrieden. Die Vorstädte von Paris rührten sich. Robespierre sprach lauter und eindringlicher als bisher von der Verschwörung Lafayettes, von einem neuen Fluchtplan des Königs. Sogar die Gironde wurde vorübergehend republikanisch. Stimmen, die die Absetzung des Königs verlangten, wagten sich hervor. Am zwanzigsten Juni demonstrierte das Volk in den Tuileries. Die Gironde wollte der Masse einige radikale Maßnahmen hinwerfen, um sie zu befriedigen. Der König belegte die Gesetzesvorlage über die abtrünnigen Priester und den Plan, die Federierten in Paris zu versammeln, mit dem Veto. Er gab damit selbst den Anstoß zu seiner Vernichtung. Die Federierten trafen langsam in Paris ein, um ein Verbrüderungsfest am 14. Juli zu feiern. Die Legislative verharnte untätig. Das Volk wartete. Die Agitatoren arbeiteten in den Vorstädten. Am 10. August brach der Aufstand los. Die Nationalgarde stürmte die Tuileries. Der König flüchtete nach kurzem Kampf mit seiner Familie in die benachbarte Legislative, die ihn zu ihrem Gefangenen machte. Die

Revolution war wieder im Gang. Robespierre wies die Richtung. Die Absetzung oder Suspendierung des Königs genüge nicht, wenn nicht gleichzeitig die völlig versagende Legislative verschwände. Er warb für die Wahl eines Nationalkonvents, d. h. einer neuen verfassunggebenden Versammlung auf der Basis des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Diesmal drang er durch. Sein Kampf gegen den Zensus endete so mit Hilfe des Volkaufstands. Die zweite, die radikale Revolution brach an. Es ist die Revolution, die Robespierres zum Führer erheben sollte.

Die Abänderung der Theorien im Ringen um eine Gestaltung der Revolution

Die Vorgänge des 10. August hatten die Legislative discreditiert. Sie fristete ihr Dasein als Platzhalter des neu zu wählenden Konvents. Gleichzeitig stieg die Erregung des Volkes über die andauernden Niederlagen im Feld. Die Lage war so bedrohlich, daß einige Mitglieder der Regierung daran dachten, Paris zu verlassen. Die Soldaten wollten nicht an die Front, ehe nicht die Gegner der Erhebung vom 10. August vernichtet seien. Da macht sich die Kommune, die Stadtverwaltung von Paris, die schon am Tage selbst eine führende Rolle gespielt hatte, zum Anwalt der Volkswünsche. Sie versuchte die Lücke, die durch die Unfähigkeit der Volksvertretung entstanden war, auszufüllen, ohne jedoch zum Ziel zu gelangen, da die bestehenden Gewalten eifersüchtig über ihre Rechte wachten. Robespierre, der nach dem Zehnten in sie eintrat, war ihr Sprecher bei der Legislative. Er brachte dort ihre Bitte vor, die alte Verwaltung von Paris endgültig aufzuheben. Er drang in ihrem Namen vor allem auf schleunige Einrichtung von Sondergerichten für die „Verbrechen“ vom 10. August. Die Legislative zögerte. Als sie endlich Ende des Monats ein Tribunal einsetzte, trug man Robespierre die Präsidentschaft an. Er lehnte ab mit der Begründung, daß die meisten Angeklagten seine persönlichen Feinde seien. Dahinter verbarg sich, neben der Furcht, eine zu deutliche Rolle in Ereignissen zu spielen, deren Ausgang keineswegs gesichert schien, die Absicht, seinen Gegnern die Waffen aus der Hand zu nehmen. Es begann sich nämlich eine Art organisierte Opposition gegen ihn zu bilden, die ihn vor allem beschuldigte, die Diktatur zu erstreben. Dagegen konnte er kaum ein besseres Argument finden, als die Ablehnung eines so einflußreichen Postens. Indessen gährte es im Volk. Bei der Nachricht von den erneuten Niederlagen bei Longville und

Verdun fühlte man die äußere Gefahr in unmittelbarer Nähe von Paris. Da das Sondergericht zu langsam vorging, übte das Volk Selbstjustiz. In den ersten Septembertagen drang der Pöbel in die Gefängnisse und mordete Hunderte von den dort Eingesperrten. Die Kommune konnte der Bewegung nicht Herr werden. Robespierre wurde wie die anderen Mitglieder zu den Gefängnissen gesandt, um dort Ruhe zu stiften. Ohne viel Erfolg. Die Erregung legte sich erst mit der Nachricht von der Kanonade von Valmy, d. h. als die äußere Gefahr wenigstens für den Augenblick gebannt war. Die sogenannten Septembermorde spielten später in der Diskussion eine peinliche Rolle. Robespierre suchte immer von ihnen abzurücken, indem er sie bedauerte, ohne sie direkt zu desavouieren oder eine Bestrafung der Beteiligten zu verlangen. Er hätte dies nicht tun können, weil er dann von seiner Überzeugung, daß das Volk gut sei und immer recht habe, öffentlich hätte abweichen müssen.

Ende September trat der Konvent zusammen. Er war zwar nach allgemeinem gleichem Wahlrecht gewählt, aber dieses wurde sehr eingeschränkt dadurch, daß man nach namentlichem Aufruf mit lauter Stimme öffentlich wählte, was die Meinungsfreiheit etwas illusorisch machte in einer Zeit, in der der politische Gegner leicht als Verräter galt. Gerade Robespierre wird in der Folge unzulässiger Wahlbeeinflussung bezichtigt. Es war schwer, die Grenze zwischen einer Führung der Wahlversammlung und einem der Freiheit abträglichen Meinungszwang zu ziehen. In der neuen Nationalversammlung standen sich von Anfang an die Girondisten und die Anhänger der Politik der Kommune, die spätere Bergpartei, gegenüber. Es handelt sich dabei nicht um organisierte Parteien, sondern um einen losen Zusammenschluß von Abgeordneten ungefähr gleicher politischer Einstellung, wobei die Gironde in allen Fragen der mäßigende, temporisierende, diplomatische Teil war, wogegen der Berg die Theorien Roussaus in reiner Form vertrat. In den ersten Monaten des Konvents, die erfüllt sind von den Bemühungen der Gironde, den Berg sofort in seinen Führern Danton, Marat und Robespierre tödlich zu treffen, bildet sich eine dritte Gruppe, die bald hier bald da stimmt, die Ebene, oder auch verächtlich der Sumpf genannt.

Der erste Vorstoß der Gironde ging um eine sachliche Frage. Sie wollten den Konvent, der unter dem Eindruck der Septembermorde zusammentrat, mit einer Schutztruppe umgeben. Sofort trat Robespierre dagegen auf. Das hieße doch dem Volk, Paris mißtrauen. Entweder verlasse sich der Konvent auf das Volk und beruhe somit auf einer legalen Basis, oder er verlasse sich nicht darauf, dann sei er einem Tyrannen gleich. Im letzteren Falle sei es gefährlich und inkonstitutionell, ihm eine Truppe zu geben, im ersteren unnötig. In den „Briefen an seine Mitkämpfer“ mit dem Untertitel „ich verstehe hierunter alle Franzosen,“ die er als Fortsetzung des „Verteidigers der Verfassung“ herausgab, definierte Robespierre die Aufgabe des Konvents, streng nach dem „Contrat Social“ dahin, daß er eine Regierung zu schaffen habe, die die Rechte des Souveräns, d. h. des Volkes, voll wahre. Er deutete an, daß dies durch häufige Neuwahl geschehen könnte, blieb aber sonst im Rahmen allgemein theoretischer Erwägungen, die die gleichen sind, wie die Rousseaus, z. B. daß die Hauptschwierigkeiten darin liege, daß der Einzelwille der Regierenden so leicht an die Stelle des allgemeinen Willens träte.

Der Konvent dachte aber gar nicht daran, sofort seine eigentliche Aufgabe in Angriff zu nehmen. Die ersten Monate waren erfüllt von Parteigezänk bis sich allmählich die Gruppen bildeten. Dann folgten die Beratungen über das Schicksal des Königs, und erst nach dessen Hinrichtung begann man sich langsam auf die eigentliche Aufgabe zu besinnen.

Schon am 25. September machten zwei Abgeordnete der Gironde, Barbaroux und Rebequi den Versuch, Robespierre und Marat anzugreifen, welches letzterem die Gelegenheit gab, in einer glänzenden Rede für seine Ideale einzutreten und so die Versammlung, die einem offenen Bekenntnis durchaus zugänglich war, für sich zu gewinnen. Der große Vorstoß gegen Robespierre erfolgte am 29. Oktober. Am Vorabend hielt dieser bei den Jakobinern, wohl in Erwartung der Dinge, jedenfalls im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Kampf, eine Rede über die Rolle der Verleumdung, die in der Revolution unvergleichlich viel größer sei als unter dem Absolutismus. Damals habe es sich um Hofintriguen gegen Einzelne gehandelt, jetzt

gehe es bei der Verleumdung Einzelner um das Wohl des Vaterlandes. Das Individuum war als Träger der Idee zum Vertreter des Ganzen geworden. Die Sitzung am folgenden Tage gestaltete sich wahrhaft sensationell. Sie begann mit einer Rede des Innenministers, der sich über die Kommune beklagte. Er schloß mit dem Zitat eines Briefes, in dem es hieß, daß das Volk nur noch von Robespierre sprechen hören wolle. Dies war eine der schwersten Anklagen, die man erheben konnte in einer Zeit, die nichts so sehr fürchtete, wie den überragenden Einfluß eines Einzelnen. Man drängte Robespierre, sich gegen diese Anschuldigung zu verteidigen. Er weicht aus, spricht von den Rechten des Volkes, dem Übelwollen des Präsidenten und schließt emphatisch mit der Frage, ob ihn jemand anklagen wolle. Sicher blickt er über die Versammlung. Da ruft eine Stimme: „Ja, ich!“ Es ist ein junger Mann namens Louvet. Er eilt zur Tribune. Die Versammlung schweigt. Die Gegner messen sich mit den Blicken, der eine voll Feuer des Angreifers, der andere unsicher, von der Wendung der Dinge unangenehm überrascht. Louvet kündigt an, daß er eine Verschwörung anzuzeigen habe. Robespierre, jetzt wieder Herr seiner selbst, beantragt, daß man ihn anhöre und danach ihm selbst noch einmal das Wort gewähre. Louvet produziert eine sorgfältig vorbereitete Rede, die in der Anklage gipfelt, daß Robespierre die Diktatur erstrebe und sich zum Idol des Volkes gemacht habe. Aber ganz überzeugt von der Wirksamkeit seiner Worte ist er nicht. Er beantragt keine Anklage, sondern nur eine Untersuchung des Falles. Er endet unter dem Beifall seiner Kollegen. Als Robespierre darauf die Tribune besteigt, gibt die Versammlung ihrem Mißfallen Ausdruck. Er beginnt, wird durch Zwischenrufe unterbrochen, verwirrt sich in der feindlichen Atmosphäre und bittet schließlich um die Festsetzung eines Termins zur Antwort. Die Versammlung gewährt ihm den 5. November. So konnte er seine Rede nach seiner Gewohnheit sorgfältig vorbereiten. Das Ergebnis war ein langes Elaborat, in dem er sich ausführlich mit jeder einzelnen Behauptung seines Gegners auseinandersetzt. Interessant ist sein deutliches Abrücken von Marat, was durch dessen Zeugnis auch bestätigt wird. Als er gleichfalls unter dem Applaus der Versammlung geendet

hatte, erschienen Louvet und Barbaroux auf der Tribune um zu sprechen. Die Versammlung, des persönlichen Streites müde, wurde unruhig und verlangte die Tagesordnung. Barbaroux erscheint als letztes Mittel an der Schranke, wo gewöhnlich die bittstellenden Bürger auftreten. Dieses unerwartete Vorgehen ruft einen Augenblick verwunderter Stille hervor. Dann beendet Barrère die Debatte, indem er die ganze Sache für hin-fällig erklärt, da Robespierre weder das Genie noch die Mittel zu einem Diktator habe. Obwohl dieser in seiner Rede das-selbe Argument zu seiner Rechtfertigung gebraucht hatte, pro-testiert er gegen dies wenig ehrenvolle Ende. Aber es nützt ihm nichts. Als kleine Genugtuung bewilligte ihm die Versamm-lung die Drucklegung seiner Rede. Damit war der Schlag der Gironde gegen Robespierre und Marat fehlgegangen. Der Meinungskampf setzte sich noch eine Weile in Broschüren und Zeitungen fort, aber der entscheidende Angriff war zurückge-schlagen. Robespierre hatte sich behauptet.

Zugleich aber zeigte sich eine Eigenschaft seines Charakters, die ihm in späteren Krisen zum Verderben werden sollte. Er konnte nicht improvisieren. Jede Entscheidung, die er traf, jede Rede die er hielt, war das Ergebnis sorgfältiger, einsamer Über-legung. In der Eile des Gefechts eine kurze schlagende Antwort zu geben, konnte er so wenig, wie schnell einen Entschluß fassen. Sein Denkmekanismus war festgelegt, in bestimmte Formen ge-preßt. Es erforderte Mühe ihn den Ereignissen anzupassen. Dies war nicht die Arbeit eines Augenblicks. Dazu kommt noch der ständige Zweifel an seiner Umgebung. Er, der keinen Zweifel an sich selbst kannte, verlangte auch von den andern, daß sie ihn für restlos vorbildlich hielten. Trat Widerspruch zutage, so war ihm die Berechtigung desselben so undenkbar, daß es ihm Mühe kostete, eine Erwiderung zu finden. Diesmal hatten die Ereignisse noch eine Wendung genommen, die auf seine Eigenart Rücksicht nahm. Bei seinem Sturz fand er keine Nachsicht mehr bei der Ver-sammlung, die ihm Frist gewährte.

Unterdes betrieb man die Vorbereitungen zum Prozeß Ludwig XVI. langsam und hinzögernd. Die Gironde wollte ihn aus mannig-fachen innen- und außenpolitischen Erwägungen heraus retten. Die Bergpartei war für eine unbedingte und schnelle Verurteilung

des Königs, um vor der Welt einen weithin sichtbaren revolutionären Akt zu begehen. Robespierre war ihr Haupttrüfer im Streit. Er vertrat die Meinung, daß der König am 10. August bereits gerichtet sei, und daß der Konvent nichts anderes tun könne, als den Willen des Volkes auszuführen. Tue er dies nicht, so müsse er dem Volke den Prozeß machen, die Revolution desavouieren. Louis Capet, wie man ihn jetzt nannte, habe den Gesellschaftsvertrag gebrochen und sich dadurch außerhalb der Gesetze gestellt. Zwischen ihm und der Nation bestehe der Naturzustand. Die Unverletzlichkeit, die ihm die Verfassung garantiere, sei daher hinfällig, denn die Menschenrechte ständen über die Verfassung. Es handle sich nicht um eine juristische sondern um eine politische Maßnahme im Interesse des Volkswohls. Von einem Prozeß¹ reden, hieße annehmen, daß Ludwig möglicherweise unschuldig sei, daß also das Volk vom 10. August Unrecht habe. Schwieriger wurde die Stellungnahme für ihn, als man den Antrag aufbrachte, die Entscheidung den Urversammlungen zu überlassen. Eigentlich stimmte eine direkte Befragung mit seinen Anschauungen über die Volkssouveränität vollkommen überein. In diesem besonderen Fall aber war der Ausgang der Befragung zweifelhaft, da die Provinz unter starkem girondistischem Einfluß stand, und außerdem in einigen Gegenden, vornehmlich im Westen, royalistische Versuche guten Boden fanden. So geht er gegen diesen Vorschlag vor mit der Begründung, das eigentliche Volk habe keine Zeit, die Versammlungen zu besuchen, und diese würden daher von Gegenrevolutionären aller Art beherrscht. Außerdem müsse man mit dem Prozeß auch die Akten vorlegen, und das sei ein viel zu langwieriges Verfahren. Wozu habe das Volk den Konvent gewählt, wenn nicht dazu, daß es nicht immer wieder selbst entscheiden müsse? Es habe die Verantwortung den Abgeordneten übertragen, damit es selbst ungestört seiner Arbeit nachgehen könne.

In diesem Augenblick, wo Robespierre nicht mehr sicher sein konnte, daß das Volk im revolutionären, d. h. in seinem Sinne stimmt, rückt er aus Opportunitätsgründen von seiner klassischen Konzeption der Volkssouveränität ab. Er gesteht dem Konvent die Rechte einer Vertretung des Volkes zu, während nach Rousseau eine solche überhaupt unmöglich ist, eine These, die auch er früher

verfocht. Jetzt kommt er in das Dilemma, die Theorien Rousseaus, die höchstens für einen kleinen Staat gemeint waren, wie sie aus der Anschauung der calvinistischen Stadtrepublik Genf entstanden, für das große und vielgestaltige Frankreich anwenden zu müssen, noch dazu in einer Zeit der Umwälzung, der größten Unsicherheit der inneren und äußeren Verhältnisse. Die Theorie, ihrer Natur nach vereinfachend, stieß sich an den vielfachen Einflüssen der Wirklichkeit. Um die Revolution selbst nicht in Gefahr zu bringen, wich er in einer prinzipiellen Frage zurück. Als dann im Frühjahr 1793 Lebensmittelunruhen ausbrachen, wurde die Frage nach dem Volkswillen immer schwieriger. Robespierre trat für die Unterscheidung zwischen dem Volk und einer Horde Weiber ein, die von Emigranten irregeleitet worden seien. Nun war es zwar Tatsache, daß die Emigranten oder ihre Helfershelfer die Not des Volkes für ihre Zwecke auszunutzen suchten. Sie wollten die Revolution im Radikalismus ersticken. Aber es zeigte sich auch, daß die Theorie von der Volkssouveränität eine große Lücke hatte, indem sie nicht eindeutig definierte, was Volk sei. Sind nicht schließlich die Führer auch Volk? Vom Gesellschaftsvertrag aus gesehen, war jeder Volk, der der Gesellschaft angehörte. Von dieser Basis aus war allgemeiner Wille alles, was von der Allgemeinheit ausging ohne Unterschied der Gesinnung. Aber es erwies sich, je weiter die Revolution fortschritt um so deutlicher, daß man unterscheiden mußte. In der Unterscheidung aber vom sogenannten wahren und falschen Volkswillen, setzte derjenige, der die Unterscheidung machte, seinen Einzelwillen an die Stelle des imaginären Allgemeinwillens, für den ein Kriterium nicht gegeben war. Da man sich dieser Inkonsequenz schließlich doch bewußt wurde, entstand, um sie zu rechtfertigen, die Konzeption der revolutionären Regierung, die im Augenblick des Sturzes des Königtums ihre bescheidenen und unschuldigen Anfänge zeigte, und deren Auswirkungen mit der Zeit immer rigoroser, immer ferner von jeglicher Freiheit waren. Um das Ziel, die Errichtung eines Reiches der Freiheit auf der Grundlage der Tugend zu erreichen, mußte man die Voraussetzung, den moralischen Menschen, erst schaffen. Da sich dieser mit der Gewährung der Freiheit und Gleichheit nicht wie vorausgeträumt, von selbst einstellte, griff man zur Gewalt, um die bösen Menschen auszurotten, damit man das Idealreich mit den Guten errichten könne.

Vor dem Eintritt in die Regierung.

Das Frühjahr 1793 brachte für die Revolution eine neue Krise. Durch den Krieg, die allgemeine Unsicherheit, das Sinken der Assignaten, war eine Lebensmittelknappheit entstanden, auf die das Volk mit örtlichen Revolten reagierte. Dazu kamen Niederlagen an den Grenzen und vor allem der Verrat des Generals Dumouriez, durch den man Belgien wieder einbüßte. Neue Truppenaushebungen machten das Volk, das den Krieg als Last empfand, unzufrieden. In der Vendée brach ein royalistischer Aufstand aus, dessen man erst im Herbst Herr wurde. Gegenüber diesen Zuständen war eine kraftvolle, zentralisierte Regierung Bedürfnis. Man begnügte sich indessen vorläufig mit scharfen Einzelmaßnahmen: Gesetze gegen die Emigranten, Schaffung eines Revolutionstribunals, das über die Verbrechen gegen den bestehenden Staat zu urteilen hatte. Gesetze, die man in den heute revolutionären Staaten fast genau so wiederfindet. Aber, Robespierre wies mit anderen darauf hin, die Regierung mit Konvent und den Ministerien, denen man ständig mißtraute, war unzulänglich. Die Einrichtung des Ausschusses für das öffentliche Wohl sollte dem abhelfen. Er sollte nach und nach ein aus dem Konvent direkt hervorgehendes, mit ihm in engerer Verbindung stehendes Regierungsorgan werden. Zunächst war er nur ein Comité neben den zahlreichen anderen, die für die durch die bedrängte Lage erforderlichen Notmaßnahmen geschaffen wurden. Es war ein Ausschuß zur Überwachung der Ministerien. Daneben durfte er in dringenden Fällen provisorische Maßnahmen anordnen. Die Organisation war nicht scharf umrissen, wie es überhaupt der Regierungsmaschine der Revolution, soweit sie aus den Bedürfnissen des Augenblicks geschaffen war, an Klarheit mangelt. Robespierre erkannte sogleich die Möglichkeiten, die in einem Ausbau dieses neuen Organs steckten und wies in den Debatten häufig darauf hin, daß man doch diese oder jene Maßnahme oder Entschei-

dung, dem Wohlfahrtsausschuß überlassen könnte. Seine volle Bedeutung sollte das Comité erst im Hochsommer erhalten, als Robespierre es zu einer Art Zentralregierung umgestaltete.

Im Augenblick war die vordringlichste Sorge, die Abwehr des äußeren Feindes. Robespierre fordert eine Reorganisation des Heeres. In der Umgestaltung des Offizierkorps sah er das einzige Mittel, den Feldzug mit einem Heer, das von revolutionärem Enthusiasmus beseelt war, siegreich zu Ende zu führen. Vor Beendigung des Krieges konnte die Republik unmöglich konsolidiert werden. In der Armee wie in der Regierung galt es, die wahren Revolutionäre, zu denen Robespierre sich natürlich in erster Linie rechnete, ans Ruder zu bringen. Da sich die herrschende Gruppe der Girondisten nicht zu durchgreifenden Maßnahmen entschließen konnte, wurde sie der Gegner, gegen den sich die radikale doktrinaire Gruppe unter Robespierres Führung wandte. Der junge Advokat arbeitete die Argumente aus, nach denen die Girondisten die Urheber alles Übels seien. Er zeigte ihre zweideutige Haltung im Prozeß des Königs, beim Verrat Dumouriez. Er lenkte die Aufmerksamkeit des Volkes auf sie als Urheber aller Nöte. Die Gironde versuchte einen Gegenanschlag, indem sie Marat anklagte. Dieser wurde jedoch freigesprochen und von den Parisern in einem wahren Triumph in den Konvent zurückgeleitet. Das stärkte die Lage der Bergpartei. Robespierre verteidigte bei den Jakobinern die Unverletzlichkeit des Konvents, aber er ließ durchblicken, daß nicht alle seine Mitglieder wahre Patrioten seien. Indem er die Körperschaft als Ganzes lobte, klagte er die unwürdigen Mitglieder, ohne Namen zu nennen, nur um so heftiger an. Die Versammlung als solche sollte erhalten bleiben, da Wahlen in diesem Augenblick die Unruhe nur vermehrt hätten. Nur die girondistischen Abgeordneten wollte man ausgeschieden wissen. Der Coup gelang mit Hilfe der Pariser Sektion, der Verwaltungsräte der Vorstädte, die die Anklage der einflußreichsten Girondisten forderten. Anfang Juni verschwand die gemäßigte Partei aus dem Konvent.

Man sollte meinen, daß jetzt die Bergpartei, allen voran Robespierre, unverzüglich an eine energische Ausgestaltung der Regierung gegangen wäre. Nichts dergleichen. Der Konvent besann sich auf einmal auf seine eigentliche Aufgabe, eine Ver-

fassung zu geben. Man hatte schon seit Monaten neben den laufenden Debatten und Parteikämpfen begonnen, darüber zu beraten. Im April fanden große Diskussionen über die Erklärung der Menschenrechte statt. Robespierre zeigte sich hier als Schüler Rousseaus, der seinen Meister nur im Glauben an die Güte der Menschen übertraf. Sein Verfassungsentwurf, der von den Jakobinern in einem Sonderdruck veröffentlicht wurde, stellt die Volkssouveränität in das Zentrum des Staates. Die Erklärung der Menschenrechte geht der Verfassung voran, um dem Volk einen Maßstab zur Beurteilung der Regierung zu geben. Alle Gewalt ruht beim Volke. Außer ihm gibt es nur Beauftragte. Auch die Legislative ist nur ausführendes Organ des Volkswillens. Dieser kann Abgeordnete und Beamte zurückrufen, absetzen. Das Volk soll über Sicherheiten gegen etwaige Übergriffe der Regierung verfügen. Solche sind: kurze Amtsdauer, keine Anhäufung von verschiedenen Ämtern in einer Hand, möglichst weitgehende Unterteilung der Behörden, genaue Rechenschaft über die Einnahmen und Ausgaben, das Belassen möglichst großer Geldmittel in den Händen der Gemeinden. Kurz, Schwächung der Exekutive in jeder Richtung. Als Problem der Verfassung bezeichnete es Robespierre, die Regierung so zu gestalten, daß sie genug Macht besäße, um die Bürger anzuhalten, die Rechte ihrer Mitbürger zu respektieren, doch nicht so viel, um eine tyrannische Herrschaft ausüben zu können. Die Regierung sollte im Lichte der reinen Theorie bloßes Ausführungsorgan des Volkswillens sein, während die Praxis jeden Tag deutlicher zeigte, daß es einen eindeutigen Willen des ganzen Volkes nicht gab und daß die Nation einer starken Regierung von oben bedurfte, um aus den chaotischen Zuständen, in die sie nach und nach geraten war, zu einer neuen Ordnung zu kommen. In den Beiträgen Robespierres zur Debatte über die einzelnen Artikel vor dem Konvent spricht denn auch die Einsicht in die wirklichen Verhältnisse und Nöte stärker mit, als in dem vor den Jakobinern vorgebrachten theoretischen Entwurf. So tritt er z. B. für die Unverletzlichkeit der Abgeordneten ein, weil er nicht einmal das Volk als Richterinstanz anerkennt, denn auch die Masse sei der Korruption zugänglich. Als jemand den Antrag stellt, daß sich die Urversammlung auf Wunsch von 51%

ihrer Mitglieder versammeln dürften, widersetzt er sich mit dem in seinem Mund merkwürdigen Argument, daß dies reine Demokratie — Volksherrschaft — sei, während sie gebändigt sein müsse durch die Gesetze. Sind die Gesetze nicht mehr Ausdruck des Volkswillens? Handelt es sich nicht gerade darum, eine Volksherrschaft aufzurichten? Hier klaffen Widersprüche. Ganz offen tritt dies hervor in der Diskussion über die Freiheit des Kultus, wo Robespierre erklärt, diese sei prinzipiell in der Erklärung der Menschenrechte gewährt, aber sie jetzt ausdrücklich zu proklamieren hieße den Verschwörungen Tür und Tor öffnen, die sich unter dem Schutz kultischer Verbände verbergen könnten. Robespierre beginnt seine Doktrinen von der Gestaltung des Staates, diese aus Büchern stammende Konzeption, unter dem Eindruck der tatsächlichen Verhältnisse umzuwandeln. Das Ergebnis sollte die neue Theorie von der revolutionären Regierung sein.

Die Konzeption der revolutionären Regierung.

Robespierre trat im Juli 1793 in den sogenannten Wohlfahrtsausschuß ein. Dieser hatte zu dem Recht, die Minister zu überwachen und provisorische Notmaßnahmen zu ergreifen, noch die Befugnis zu verhaften erhalten, die bis dahin nur dem Sicherheitsausschuß zustand, ohne daß sie nun diesem genommen wurde. Im Laufe der Zeit ergab sich eine Rivalität zwischen beiden Ausschüssen, die bei Robespierres Sturz eine Rolle spielen sollte. In diesen Sommermonaten machte Frankreich wieder einmal eine jener revolutionären Krisen durch, die in der Teuerung und den Niederlagen an der Front Nahrung fanden. Eine neue radikale Gruppe im Konvent, die sogenannten Hébertisten, versuchten die Unruhe auszunutzen, um an die Macht zu gelangen. Die Krise endete mit der Aufnahme von drei Mitgliedern der Gruppe in den Wohlfahrtsausschuß, was dessen Stellung stärkte, da er fähig war, sie zu assimilieren. Die dringendste Aufgabe des Ausschusses war immer noch die Reorganisation des Heeres, die jetzt, nach so viel Reden Robespierres und der ernststen Bedrohung an den Grenzen endgültig in Angriff genommen wurde. Am 23. August wurden alle Franzosen bis zum Frieden in den Mobilisierungszustand erklärt. In erster Linie traf das die unverheirateten Männer von 18 — 25, die jederzeit eingezogen werden konnten. Die Maßnahme hatte als Nebeneffekt eine Heiratshausse zur Folge. Als erster bescheidener Erfolg war Anfang September der Sieg bei Hondschoot zu verzeichnen. Aber die Unruhe des Volkes legte sich nicht. Man mußte den Radikalen die Girondisten opfern, die noch im Konvent verblieben waren. Sie wurden teils hingerichtet, teils bewahrte sie Robespierre die ganze Zeit hindurch in ihren Gefängnissen. Auch Marie Antoinette fiel der Panikstimmung des Volkes, der man Rechnung tragen mußte, zum Opfer. Erst Ende Oktober, nach dem Erfolg bei Wattigny, der mehr psychologi-

sche als reale Wirkungen hatte, trat eine leichte Entspannung ein. Allerdings erreichte die Dechristianisierungsbewegung, eine der Nebenerscheinungen der Revolution, im November mit dem Fest der Vernunft in der Kirche von Notre Dame in Paris ihren Höhepunkt. Robespierre trat gegen die Atheismus auf und erreichte ein Gesetz, das wenigstens grundsätzlich die Toleranz vorschrieb. Um die Jahreswende mußte sich der Ausschuß gegen die sogenannten Lauen, deren Hauptvertreter Danton und Camille Desmoulin waren, wenden. Der Kampf gegen die beiden Strömungen, die Indulgenten und die Radikalen, zwischen denen der Ausschuß stand, wurde erst im Frühjahr 1794 mit der Vernichtung beider beendet. Das Programm der Radikalen oder Hébertisten war: Eroberungs- und Propagandakrieg bis zum äußersten, Dechristianisierung, Lösung der Lebensmittelfrage durch Terrorisierung der Wucherer, Auflösung der revolutionären Regierung und Einrichtung einer großen Jury, die über alle Verdächtigen richten sollte. Die Indulgenten oder Dantonisten, wie ihr Führer mehr oder weniger Glücksritter der Revolution und in zweifelhafte Spekulationen verwickelt, wünschten baldige Beendigung des Krieges, Auflösung der revolutionären Regierung zugunsten der Verfassung, Abschaffung des Höchstpreissystems und sämtlicher Handelsbeschränkungen. Kurz, die Einen wollten die Revolution bis zum Überdruß, die Andern die möglichst schnelle Liquidation. Den Mittelweg wählte das Comité.

Nachdem es im September das Recht erhalten hatte, die andern Ausschüsse zu erneuern, stand es über diesen und trat langsam an die entscheidende Stelle des Staates. Es mußte das Chaos der Revolution organisieren. Die Provinzen wurden durch Kommissare enger an Paris angeschlossen. Hier begegnete man vor allem zwei Schwierigkeiten, die Robespierre in seinem Notizbuch vermerkte, erstens zuverlässige Kommissare zu finden, — er notierte sich da, man solle immer einen Patrioten und einen weniger zuverlässigen zusammen wegschicken — zweitens die außerordentlich schlechte und unsichere Postverbindung. Hier stieß die Überwachung des ungeheuren Beamtenapparates in den Provinzen auf erhebliche Schwierigkeiten. Dazu kämpfte der Ausschuß lange Zeit mit dem wichtigsten Gericht, dem

Revolutionstribunal, über dessen Langsamkeit sich Robespierre mehr als einmal beklagt. Fühlte er sich doch ständig von wirklichen oder eingebildeten Verschwörungen umgeben, deren man nur durch schnelle Gerichtsbarkeit Herr werden konnte. Auf diesem Gebiet schuf man einige der härtesten und ungerechtesten Maßnahmen der Revolution. Auf Robespierres Antrag hin kam ein Gesetz zu Stande, das den Richtern gestattete, die Geschworenen nach dreitägiger Verhandlung zu fragen, ob sie sich für erleuchtet genug hielten, worauf die Untersuchung geschlossen werden konnte. Man kann sich vorstellen, wie sich das bei der Leichtfertigkeit und der Bequemlichkeit der Menschen auswirkte, die noch dazu der ungewöhnlichen Teilnahme an den öffentlichen Geschäften seit vier Jahren überdrüssig waren und in der ständigen Angst leben mußten, wenn sie sich nicht scharf genug zeigten, selber in den Verdacht der Gegenrevolution zu geraten. Robespierre vertrat keineswegs einen unterschiedslosen Terror. Er notierte sich z. B., daß man nur die Anführer der Verschwörungen bestrafen, die irregeleiteten Anhänger aber schonen sollte. Er will eine kräftige zentrale Regierung, wenigstens für den Augenblick. Er will Überwachung der öffentlichen Meinung, ja Beeinflussung und Bildung derselben durch Zeitungen und Broschüren. Die ganze geistige und künstlerische Produktion soll in den Dienst der Revolution gestellt werden. Aber er ist nicht Alleinherrscher. Er ist Mitglied des Ausschusses wie die andern, nur das Hervorragendste durch seine bisherige Stellung in der Revolution, durch seine Popularität. Seine offizielle Aufgabe ist es, die Maßnahmen des Ausschusses vor dem Konvent zu verteidigen. Er bringt diese Fragen auch vor die Jakobiner, die jetzt nicht mehr ein freier Klub, sondern eine vom Ausschuß, d. h. in diesem Falle von Robespierre inspirierte Gesellschaft sind. Seiner Tätigkeit als Berichterstatter verdanken wir eine Reihe von Reden, die uns über die Wandlung seiner Auffassung Auskunft geben.

Als er in die Revolution eintrat, bot die Durchführung der Rousseau'schen Demokratie für ihn keine Schwierigkeit. Man mußte nur das Volk frei machen. Das war geschehen. Alle Instanzen des alten Regimes waren beseitigt, und die Sache ging doch nicht. Es war offenbar, daß zwischen dem Alten und dem

Neuen eine Zwischenform geschaffen werden mußte, um den Übergang herbeizuführen. Diese Zwischeninstanz sollte die revolutionäre Regierung sein.

Die Auffassung Robespierres, daß die Menschen frei, auch gut sein würden, hatte sich nicht bewährt. Es rächte sich, daß er nicht mit Menschen aus Fleisch und Blut sondern mit einem Idealbild der Menschheit operierte. Aber er korrigierte auch jetzt nicht seine Grundauffassung. Wenn das gelobte Reich, der Tugendstaat, nicht automatisch erreicht wurde, so mußte er eben durch Zwang hergestellt werden.

Die Verfassung von 1793 war längst vom Volk angenommen. Sie trat nicht in Kraft. In so stürmischen Zeiten könne man die Prinzipien der Freiheit nicht ohne weiteres anwenden. Der oberste Maßstab der Regierung ist das Wohl des Volkes. Die außerordentlichen Zeiten verlangen außerordentliche Maßnahmen. Die Regierung muß schnell und kräftig gegen die Verräter vorgehen und ebenso prompt die Patrioten belohnen können. Sie bedarf als Grundlage ihrer Existenz des Vertrauens der Volksvertretung. In ruhigen Zeiten unter einer sicher installierten Regierung genügt es, die Bürger gegen die Übergriffe von oben zu schützen, in stürmischen Zeiten muß sich die oberste Gewalt selbst gegen Angriffe von allen Seiten wehren. Das Ziel des republikanisch demokratischen Staates, eines Staates, in dem nach Rousseau-Robespierre das Volk macht, was es selbst machen kann und mit dem Rest der Aufgaben die Regierung beauftragt, das Ziel ist, das Reich der Tugend aufzurichten. Die Tugend ist die Tugend der Griechen und Römer, die Vaterlandsliebe. Die Vaterlandsliebe umschließt die Liebe zur Gleichheit, da die Gleichheit die Grundlage des Staates ist. Die Vaterlandsliebe macht, daß man das allgemeine Wohl den privaten Wünschen vorzieht. Aus dieser Haltung entstehen alle Tugenden. Die Tugend ist also nur in der Demokratie möglich. Da man das Reich auf der Tugend begründen will, gleichzeitig behauptet, daß die Tugend nur in dem zu gründenden Staat möglich sei, befindet man sich augenscheinlich in einem Kreis. *Circulus vitiosus*. Um hinauszukommen, richtet man die revolutionäre Regierung ein. Ihre Prinzipien sind die Tugend und der Terror. Die Tugend für das Volk, d. h. für die Guten, den Terror für

die Verschwörer und Verräter. Man wird die Schlechten ausrotten und die Schwachen, die, die bösen Einflüssen zugänglich sind, erziehen. So errichtet man ein Reich der Tugend, in dem alle schlechten und niedrigen Leidenschaften unbekannt sind und alle guten und großherzigen Regungen durch das Gesetz geweckt werden. Robespierre glaubte daran, daß man die Menschen mit Gewalt zum Guten zwingen könnte. Die ungeheuerliche Anmaßung, die darin liegt, daß er, Robespierre, wisse, was gut und was böse ist, kommt ihm nicht zum Bewußtsein. Ja er will sogar in Frankreich den alleinigen Hort der Freiheit, die einzige Nation, die Europa retten kann, sehen. In seiner Rede über den Krieg stellte er diesen als eine große Verschwörung des Engländers gegen die Freiheit dar. Dabei unterstellt er England auch realpolitische Ziele, nämlich die Eroberung der französischen Seeplätze und Kolonien. Aber vor allem hatte Pitt den Kontinent gegen die Freiheitsbestrebungen aufgebracht. Unterstützt wurde er hierin hauptsächlich von Rußland. Von Katharina der Zweiten sagt Robespierre hierbei, es sei unter ihrer Regierung wie unter der aller Herrscherinnen, nämlich nicht sie, sondern ihre männlichen Ratgeber regierten. In dem ganzen geknechteten Europa gäbe es nur einen Hort der Freiheit, Frankreich. Wird es vernichtet, so verschwinden alle Kleinstaaten. Der Kontinent wird zwischen Rußland und England aufgeteilt. Es ist also zum Heile Europas und der Welt, wenn Frankreich bestehen bleibt, denn ohne die Freiheit können auch die übrigen Reiche nicht existieren. Er erfüllt sich und seine Zuhörer mit dem Pathos der Weltbefreiung. Aber er ist nicht der Meinung, daß Frankreich die ganze Welt erobern müsse. Es genüge, daß sich Frankreich als Hort der Freiheit behaupte, um die Welt zu retten.

Der Sturz der Parteien.

Im Februar 1794 beantragte St. Juste, der treue Paladin Robespierres, ein Gesetz gegen alle Feinde der Republik. Der sogenannte große Terror begann. Robespierre kam nach einigen Wochen Krankheit im Frühjahr wieder zum Vorschein. Einen Tag nach seinem Auftreten verhaftete man die Hébertisten, die wieder einmal Unruhe stiften wollten. Sie wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die eine Partei war vernichtet, um jede Abhängigkeit von der anderen zu vermeiden, mußte diese nachfolgen. Robespierre selbst hält eine Rede gegen Danton, die im Namen der Tugend, das Unmenschlichste ist, was man sich vorstellen kann. Er lehnt jedes Mitleid ab. Die Gleichheit fordere, daß auch Danton falle ohne Ansehen seiner Person. Die Freundestreue gelte nicht auf dem Gebiet der Politik. Das Wohl des Vaterlandes stände höher. Man habe ihm gesagt, wenn Danton falle, stände er allen Angriffen offen gegenüber. Das sei kein Argument. Sein Leben gehöre der Nation. Wer in diesem Augenblick zittere, sei schuldig. Die eigentliche Anklagerede hält St. Juste. Robespierre beschränkt sich auf eine sachlich nüchterne Darlegung der Prinzipien ohne Ansehung der Person. Er, der noch im Winter Danton verteidigt hat, obwohl auch damals schon alle Welt wußte, daß dieser keine reine Weste hatte, er, der ihn damals hielt wegen seiner Verdienste für die Revolution, er weiß jetzt nichts mehr davon. Er opfert ihn den Theorien, kalt, selbstgerecht. Politisch war die Vernichtung der Gegner unklug. Die Position zwischen den beiden Parteien war die stärkste des Wohlfahrtsausschusses. Aber auf Politik kam es Robespierre nun, da er an der Macht war, nicht mehr an. Er sah nur noch seine Prinzipien. Während sich, wie man vorausgesagt, nun die Meute derer, die glaubten, vor seinen Anforderungen an Tugend nicht bestehen zu können, gegen ihn sammelte, um ihn zu vernichten, ehe er im blinden Fanatismus auch sie treffen werde, erreichte er den äußeren Höhepunkt seines Werkes mit der Einrichtung des Kultus des höchsten Wesens.

Der Höhepunkt: Das Fest des höchsten Wesens.

Eine der Erscheinungen, die der Revolution viele Feindschuf, war die Dechristianisierungsbewegung, die mit der Abschaffung des Katholizismus als Staatsreligion die philosophischen Strömungen des Jahrhunderts in die Wirklichkeit umzusetzen versuchte. Die rationalistischen und atheistischen Denksysteme begünstigten den Kult der Vernunft, den man an seine Stelle setzen wollte. Robespierre teilte die atheistische Haltung nicht. Er hatte aus Rousseau auch dessen pantheistische Gottesauffassung übernommen. Sein Gesetz über die grundsätzliche Freiheit in religiösen Dingen stand vorläufig nur auf dem Papier, denn man war sehr mißtrauisch gegen royalistische Verschwörungen, die sich unter dem Deckmantel des Kults verbergen könnten. Immerhin war es ein weithin sichtbares Bekenntnis zur Religion schlechtweg.

Philosophische, idealistische und politische Gründe bestimmten Robespierres Stellungnahme. Er sah, daß die irreligiöse Bewegung der Gegenrevolution, mit der man ständig zu kämpfen hatte, neue und nicht die schlechtesten Kräfte zu führte. Er sah, daß durch die plötzliche Aufhebung der kirchlichen Bande, die Sitten zu verwildern drohten. So begann er seine Opposition als aufgeklärter Staatsmann, der im Dunkeln läßt, wie weit er selbst glaubt oder nicht, mit dem Argument, man müsse das Volk langsam dazu bringen, von den Vorurteilen zu lassen — katholischer Kult war Vorurteil, Aberglaube in den Augen der Revolutionäre — damit es nicht mit dem Aberglauben jeden moralischen Halt verliere. Dies war nicht seine ganze Philosophie. Als Schüler Rousseaus hatte er sich mit dem Glaubensbekenntnis des savoyardischen Vikars durchdrungen. Genau wie für Rousseau gab es für ihn zwei Glaubenssätze: die Existenz eines höchsten Wesens, dessen Natur wir nicht erkennen können, dessen Wirken wir aber in jedem einzelnen Augenblick im Universum sehen, und die Unsterblichkeit der Seele als Ansporn für die Guten auf der Erde. Der zweite

Glaubenssatz steht bei Rousseau nicht ohne Zweifel und Einschränkung. Robespierre vertritt ihn mit Gewißheit. Die religiösen Fragen verknüpfen sich mit seiner Auffassung vom Ziel der Revolution, einen Staat zu schaffen, in dem das Wohl der Glieder und des Ganzen nicht auf Gewalt oder der höheren Einsicht eines Einzelnen, dem unbeschränkten Königtum oder dem aufgeklärten Absolutismus, beruhe, sondern auf der Moral, d. h. auf der Einsicht aller vom Wohl des Ganzen. Mit unerschütterlichem Optimismus predigt er, es gelte nur, in den Menschen den Instinkt für das Gute zu wecken und, sowie das Tier aus Instinkt für das ihm Nützliche handle, würde er, ohne auf die trügerische Vernunft zu hören, das Gute tun und das Böse lassen. Es ist das gleiche Gefühl, das Rousseau den primitiven Menschen preisen läßt, weil er ohne Krankheit und ohne Leidenschaft lebe. Ideal der hoffnungslos Lebensfernen, todbringend, wenn es sich, wie bei Robespierre, in die Praxis umsetzt.

Es galt ein Geschlecht in diesem Sinne heranzuziehen. Der Gedanke einer nationalen Erziehung wacht auf. Man plante, was alle späteren Revolutionen mehr oder weniger in die Wirklichkeit umsetzten. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Der ermordete Lepelletier, der erste Märtyrer der Revolution, hatte einen Erziehungsplan ausgearbeitet, für den sich Robespierre lebhaft einsetzte. Das Prinzip war Internatserziehung von Staatswegen vom fünften Jahre an. Robespierre pries die Wohltat, die es für die Armen bedeute, wenn sie die Sorgen für ihre Kinder los seien. Die Reichen waren ihm sowieso als revolutionsfeindlich verdächtig. Argumenten der Elternliebe war er unzugänglich. Der Plan drang nicht durch. Die Idee war zu kühn für eine Zeit, die von allgemeiner Schulpflicht kaum etwas wußte und für einen Staat, der ständig mit Finanznöten kämpfte. Einzig in der Militärschule schuf man ein Instrument nach den Wünschen der Revolution.

Nicht viel besser erging es dem berühmten Plan Robespierres über die nationalen Feste. Er wollte sich, wie ebenfalls alle großen Revolutionen der Weltgeschichte — man denke nur an das Christentum — der Gestaltung der Festtage bemächtigen. Nachdem man mit dem alten Kalender die alten

Feste vernichtet hatte, fühlte er die Notwendigkeit, neue an ihre Stelle zu setzen. Er war übrigens Gegner der Kalenderreform gewesen, wie aus einer Aufzeichnung in dem einzigen, von ihm erhaltenen persönlichen Notizbuch hervorgeht, wo er Vertagung der Maßnahme auf unbestimmte Zeit vorschlug. Aber, wie immer, sucht er die gegebenen Tatsachen zu gestalten. Seine große Rede vom 18. Floreal 1794 bringt einen Gesetzesvorschlag über die Einrichtung nationaler Feste. An der Spitze steht das Fest des höchsten Wesens, das am 20. Praerial, Pfingsten, gefeiert werden soll. Die Tage der Dekaden, man hatte an Stelle der Woche eine Einheit von 10 Tagen gesetzt, sind je berühmten Männern, einer Tugend, einem revolutionären Ereignis geweiht. Außerdem feierte man die nationalen Gedenktage, den 14. Juli, den 10. August, den 21. Januar. Zur Begründung führte er aus, daß nichts so erhebend sei, wie die Versammlung eines Volkes zu einem Fest. Hier strebe jeder, die Achtung des andern zu erwerben und befeißige sich zu dem Zweck der Tugend. Für die Jugend aber gäbe es nichts Begeisternderes als den Anblick des eigenen, festfrohen Volkes und seiner berühmten Männer. Die Feste wurden trotz dieser Theorie nicht populär. Nur eins, das Fest des höchsten Wesens, wurde mit großem Pomp gefeiert. Robespierre, als gerade amtierender Präsident des Konvents, präsidierte und erreichte somit den äußeren Höhepunkt seiner persönlichen Laufbahn.

Der Plan des Festes wurde von einem künstlerischen Komité ausgearbeitet. Der Maler David schuf die Dekoration. Alles war durchtränkt von Symbolen. Morgens früh wurden die Bürger durch Militärmusik geweckt. Nach angemessener Zeit ertönte ein Kanonenschlag und alles begab sich auf die Straße. Rechts gingen die Männer und Knaben mit Eichenlaub geschmückt, links die Frauen und Kinder mit Blumen, in der Mitte die Jünglinge in militärischer Ordnung. Das Volk strömte so von allen Seiten zu den Tuilerien. Hier erschien zwischen Mittag und ein Uhr der Konvent mit Robespierre an der Spitze. Dieser gab ein Zeichen, daß er sprechen wollte und augenblicklich herrschte tiefes Schweigen unter der Volksmasse. Er hält seine nicht allzu lange Ansprache zum Preise des höchsten Wesens. Danach ertönen patriotische Gesänge, die

der Chor der Oper ausführt. Robespierre ergreift eine Fackel und zündet eine riesige Statue des Atheismus an. Aus den Flammen erscheint das Bild der Weisheit, strahlend im Glanze nach enthusiastischen Berichten, etwas von Ruß geschwärzt, nach den Aussagen der realistischeren Beobachter. Es folgt eine neue Ansprache zu Ehren der Weisheit. Danach erscheint ein Zug, angeführt von der Kindheit, die mit Veilchen geschmückt ist, gefolgt von der Jugend mit Myrthen, dem Mannesalter mit Eichengrün und den Greisen mit Olivenzweigen, der den Konvent mit einer Trikolore umgibt. Der Zug setzt sich in Bewegung nach dem Marsfeld, Robespierre an der Spitze im leuchtend blauen Frack, hinter ihm der Konvent. In der Mitte des Zuges sieht man einen rot drapierten Wagen von acht weißen Ochsen mit vergoldeten Hörnern gezogen, der die Instrumente der Künste und Handwerke und die Erzeugnisse der Erde trug unter einem alles überschattenden Eichbaum, um anzudeuten, daß der nationale Wohlstand nur unter dem Schutze der Freiheit gedeihe. Auf dem Marsfeld hatte man einen künstlichen Felsen aufgebaut. Die Frauen und die Jünglingsbataillone marschierten rings um den Felsen herum. Auf ihm nahm ganz oben der Konvent Platz, in der Mitte die Musik, unten rechts Greise und Männer, links Jungfrauen und Mütter. Die Musik spielte ein Lied zu Ehren des höchsten Wesens. Danach singen die Männer eine Strophe nach der Melodie der Marseillaise und schwören, die Waffen nicht niederzulegen, ehe nicht alle Feinde der Republik vernichtet seien. Frauen und Mädchen singen mehrere Strophen, in die letzte stimmt der ganze Berg ein. Dann werfen die Frauen und Mädchen Blumen gegen den Himmel, die Jünglinge ziehen ihre Schwerter und schwören zu siegen, die Greise legen segnend die Hände auf ihre Häupter. Artillerief Feuer deutet die Rache der Nation an, alles umarmt sich unter dem Rufe „Vive la République“. Das Ganze, Prototyp eines revolutionären Verbrüderungsfestes.

Die hervorragende Persönlichkeit des Tages war Robespierre. Er war es nicht als Einzelperson, sondern als Repräsentant des Volkes. Aber die Revolution fürchtete nichts so sehr wie den Einfluß eines Einzelnen. Bei dem Ansehen, das Robespierre ohnehin schon genoß, und das seine Stellung unter

diesen Umständen eher gefährdete als stärkte, wäre es klüger gewesen, wenn er seine Eitelkeit hätte zurückstellen können und nicht offensichtlich die erste Stelle im Staate eingenommen hätte. Der einzige Mißklang des Festes waren denn auch einige Pfui-Rufe gegen den Präsidenten, die die Harmonie des Ganzen trübten. Die heimliche Anklage, daß er die Diktatur erstrebe, erhielt neue, in diesem Augenblick doppelt gefährliche Nahrung.

Der Sturz.

Nach der Vernichtung der Parteien im Frühjahr 1794 schien endlich der Weg frei zu einer erfolgreichen Durchführung der Revolution. Große Gegner waren nicht mehr zu fürchten. Aber es zeigte sich, daß die kleinen, die Feinde aus Selbstsucht, die gefährlicheren waren. Robespierre haßte in seiner begründeten Selbstgerechtfertigkeit alle Nutznießer der Revolution, alle gesinnungslosen Konjunkturritter wie Fouché, den späteren Polizeiminister Napoleons. Diese aber fürchteten in Robespierre und seinen Paladinen, St. Juste und Couthon, den unerbittlichen Prinzipienmenschen, der keine opportunistische oder menschliche Erwägung kennt. Sie fürchteten eine neue Reinigung des Konvents, die jetzt nur sie treffen konnte. Mit ihnen fürchtete sich die ganze Schar der Lauen, die Menge derer, die ohne bestimmte politische Meinung durch das Leben gingen. Sie alle finden sich zusammen gegen den hervorragendsten, unerbittlichsten Vorkämpfer der Revolution. Sie hatten alle von der Revolution profitiert, aber ihre radikale Durchführung jagte ihnen Schrecken ein. Das Starre, Lebensferne, Konsequente in den Führern stößt die Masse ab. Ein erster sichtbarer Ausdruck der Gegnerschaft waren die Attentatsversuche auf Collot-d'Herbois und Robespierre am 4. und 5. Praerial.

Die Basis der Revolution verschmälerte sich. Die Clubs, mächtige Organe der öffentlichen Meinung, gerieten mehr und mehr in die Hände der sich bildenden revolutionären Aristokratie. Die weitgehende Dezentralisation der ersten Zeit hatte sich als unmöglich erwiesen. Man begann, dem Zwang der Verhältnisse gehorchend, soweit es möglich war, die Verwaltung des Landes unter der Leitung der beiden Komités für das öffentliche Wohl und für die allgemeine Sicherheit zusammenzufassen. Dazu kam ein rigoroses Gesetz, das nicht nur die Feinde der Revolution, sondern auch die Gleichgültigen vom Grund-

besitz ausschloß, das Gesetz vom 22. Ventôse, das nie zur Ausführung gelangte. Man wollte um jeden Preis, die Umgestaltung der Gesinnung des Landes erzwingen. Man erreichte damit eine Herrschaft der Furcht, die ihren schlagendsten Ausdruck darin fand, daß sich nach dem 9. Thermidor keine große geschlossene Bewegung zugunsten der bisherigen Helden der Revolution bildete. Das Land blieb der Umwälzung gegenüber gleichgültig.

Wenn die Komités eine Art Zentralregierung bilden sollten, so war die erste Vorbedingung für eine fruchtbare Arbeit die Einigkeit der Mitglieder der Ausschüsse untereinander, wenn man wie hier, grundsätzlich eine starke zusammenfassende Leitung durch eine Hand ablehnte. Aber gleich nach dem

Fest des höchsten Wesens brachen Konflikte aus. Man berichtete, daß sich die Mitglieder der Komités so laut gezankt hätten, daß man es auf der Straße habe hören können. Es handelt sich um die Auslegung und Anwendung der terroristischen Gesetze. Robespierre, der mit seiner Meinung nicht durchdringen konnte, zog sich im Messidor von aller Arbeit in den Ausschüssen zurück. Über die Gründe dieser Haltung ist nichts Genaues auszumachen. Sei es, daß er von all den Jahren der Aufregung und der persönlichen Kämpfe ermüdet war, sei es, daß er in der Stille einen neuen Plan vorbereiten wollte, oder, daß er hoffte, man werde seiner bedürfen und ihn zurückrufen und damit seine Stellung befestigen. Wahrscheinlich spielten alle diese Erwägungen eine Rolle und noch andere, von denen wir nichts wissen. Man machte sogar den Versuch, ihn zu versöhnen, in der Sitzung vom 5. Thermidor, an der er teilnahm, und wo man ihm als Friedenspreis die Ausführung der Gesetze vom 22. Ventôse bot. St. Juste willigte als Gegenkonzession in die Entfernung der Truppen von Paris. Robespierre, dem das nicht paßte, fühlte sich auch von ihm verlassen. Er glaubte, nur noch Couthon auf seiner Seite zu haben, denn er gehörte zu den Menschen, die bedingungslose Meinungsgleichheit von ihren Freunden fordern. Man schildert ihn in dieser Sitzung als verstimmt, voll von Zorn durch das lange Schweigen und durch die Anzeichen einer unterirdischen Gegnerschaft, die er spürte und nicht fassen konnte. Er blieb un-

versöhnlich. Er wollte den Kampf vor dem Konvent austragen, sicher, daß er auch dieses Mal die Masse der Lauen würde mitreißen können.

Am 8. Thermidor hält er seine letzte große Rede vor dem Konvent. Sie hatte einen großen Fehler, sie klagte an, ohne bestimmte Namen zu nennen. Sie hing das Damoklesschwert über alle Gleichgültigen. Sie einigte die Furchtsamen gegen den gestrengen Zensor der Gesinnung. Robespierre rechnete damit, den entscheidenden Schlag später führen zu können. Da wollte man ihn nicht mehr hören. Er begann, noch einmal des Ziel der Revolution, wie er es auffaßte, die Herrschaft der Tugend, vor die Augen seiner Zuhörer zu stellen, um vor diesem lichten Hintergrund um so schwärzer die Bemühungen der Verräter darzustellen. Er scheute sich nicht, die furchtbare Anklage der Diktaturbestrebung, die gegen ihn im Umlauf war, selbst auszusprechen. Man habe ihn einen Tyrannen genannt, weil er durch sein Wirken in der Revolution, die Achtung des Volkes erworben habe. Wenn er ein Tyrann wäre, hätte er doch sicher versucht, seine Feinde durch Bestechung unschädlich zu machen. Er klagt, daß sich eine Verschwörung gebildet habe, die ihn aller Mißgriffe der Regierung und Verwaltung beschuldige. Man schöbe ihm eine einflußreichere Stellung zu als er inne habe, um ihn desto besser anklagen zu können. Statt dessen habe er sich seit einem Monat von den Ausschüssen zurückgezogen, weil er lieber einfacher Vertreter des Volkes sein wolle, als Inhaber einer einflußreichen Stellung. Das Fest des höchsten Wesens habe für einen Augenblick der Welt den Anblick eines geeinten Volkes gewährt, aber gleich danach seien die Intriguen von neuem losgebrochen. Die Gefahren der Gegenrevolution seien größer als jemals. Sie habe ihre Agenten bis in die Regierung selber geschickt. Man müsse die Verräter bestrafen, den Sicherheitsausschuß erneuern, ihn dem Wohlfahrtsausschuß unterordnen, dies Comité selber reinigen und so eine einheitliche Regierungsautorität unter der Oberaufsicht des Konvents schaffen. Das also war sein Programm: Zentralisierung der Gewalt in den Händen einer Körperschaft unter der höchsten Direktive der Volksvertretung. Aber der Konvent beschäftigte sich gar nicht mit dem Plan. Vielmehr erhob sich eine Dis-

kussion über die Drucklegung der Rede. Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde sie Robespierre verweigert. Er kämpfte vergebens gegen die Entscheidung. Es war seine erste Niederlage. Robespierre scheint ihre volle Bedeutung nicht klar erfaßt zu haben. Nachdem er die Rede unter dem Jubel der Jakobiner am Abend vor dem Club verlesen hatte, ging er nach Haus ohne sich mit seinen Freunden in Verbindung gesetzt zu haben, während die Gegner, allen voran Fouché, den folgenden Tag sorgfältig vorbereiteten.

Die Sitzung des 9. Thermidors wurde mit einer Rede St. Juste's eröffnet, die noch immer nicht die Namen derer brachte, die Robespierre als Verräter ansah. Man beklagte sich über die Unfruchtbarkeit der Verhandlungen. Robespierre will das Wort ergreifen. Es wird ihm nicht gewährt. Man schreit „à bas le Tyran“! Der Tumult endet mit seiner Verhaftung und der seiner Freunde, die sich erbieten, sein Schicksal zu teilen. Noch ist nichts verloren. Die Gefängniswärter weigern sich, die Gefangenen aufzunehmen. Robespierre ist das nicht recht. Er will um jeden Preis einen Prozeß. Er scheint des Freispruchs sicher zu sein. War nicht auch Marat einmal verhaftet und glänzend freigesprochen? Aber es hilft nichts. Er findet sich mit seinen Freunden in der Kommune. Das Volk steht draußen und wartet auf den Befehl, den Konvent zu stürmen. Der Befehl wird nicht gegeben. Die Volksvertretung ist heilig. Robespierre hätte sich wahrscheinlich mit Freuden der Masse angeschlossen, wenn sie spontan angegriffen hätte. Er wartet auf den Willen des Volkes, während das Volk von ihm einen Befehl erhofft. Zu allem Unglück war Henriot, der General der Nationalgarde, der Einzige, der gehandelt hätte, vom Konvent gefangen gesetzt. Gegen Abend zerstreute sich die Menge bei dem einsetzenden Regen. In der Kommune drängt man noch immer Robespierre, einen Aufruf an die Pariser zu unterzeichnen. Endlich setzt er die Feder an. Da ertönt Getümmel auf der Treppe. Die Tür wird aufgerissen. Ein Schuß fällt. Robespierre ist der Unterkiefer zerschossen. Nach der Auffassung einiger, wollte er sich selbst töten, nach der Auffassung anderer hatte der Konvent einen Mörder gedungen, um ihn auf jeden Fall zu vernichten. In der Aufregung, die folgte, blieb uns kein sicheres Zeugnis. Der Tumult war unbeschreiblich.

Der jüngere Robespierre stürzt sich zum Fenster hinaus. St. Juste schießt sich durch die Schläfe. Alle werden durch die Truppen des Konvents abgeführt. Was nun folgt, ist die grausame Rache der Sieger. Verhöhnt und beschimpft schleppt man die Opfer zur Guillotine. Einige zwanzig Komplizen werden vor den Augen Robespierres, der niemals der Vollstreckung eines Todesurteils beigewohnt hatte, hingerichtet, ehe man ihn als Letzten aufs Schafot schleifte. Der Terror Robespierres wird von dem sogenannten weißen Terror abgelöst. Es war die Rache derer, die monatelang unter Druck und Todesangst gelebt hatten. Aber es war nicht mehr der zum Prinzip erhobene Terror. Der Schwung der Revolution, die aus einem Kampf für die Freiheit in einen Kampf für eine einheitliche Gesinnung übergegangen war, war endgültig erlahmt. Das kleine durchschnittliche Ruhebedürfnis der Bürger siegte über alle Utopien der Führer. Schon die terroristische Regierung war ja nur ein letzter verzweifelter Versuch gewesen, durchzusetzen, was nicht zu verwirklichen war. Robespierres persönliche Prinzipienstrenge hatte dies System gehalten. Als er fiel, fiel das System und keine Regung des Bedauerns, kein Wunsch, sein Werk weiterzuführen, war fühlbar.

Schlußfolgerung.

Wir haben schon gesehen, welche taktischen Fehler Robespierre beging. Seine Stellung war durch den Sturz der Parteien geschwächt, weil er nicht mehr zwischen beiden die mittlere Linie einhalten konnte. Das Land war der dauernden Unruhen müde. Man sah in ihm mehr und mehr die Ursache der fortdauernden Agitation. Und er tat nichts, um in den Hintergrund zu treten. Er gewährte seiner Eitelkeit die Leitung des Festes des höchsten Wesens, die er leicht irgendeinem Beliebigen hätte überlassen können. In den Ausschüssen erwarb er sich Feinde durch seine starre Haltung. Seinen freiwilligen Rücktritt nahm man mit Recht für ein schmollendes Sichzurückziehen. Wenn es ihm Ernst war mit der Geste des Verzichts auf eine einflußreiche Stellung, eine beliebte und stets anerkannte Geste, so hätte er förmlich zurücktreten müssen. Ohne das hatte die ganze Angelegenheit zu sehr das Aussehen einer Repressalie gegen die Komitées. Als diese schließlich in dem wichtigsten Punkt nachgaben, zeigte er sich als unversöhnlicher Prinzipienmensch, statt als Politiker den errungenen Erfolg auszunützen. Seine Zurückgezogenheit erweckte Furcht, schloß seine Gegner zusammen. Man vermutete vernichtende Pläne. Niemand fühlte sich sicher, niemand wagte von sich zu sagen, daß er den Ansprüchen dieses Selbstgerechten genüge.

Am 8. und 9. Thermidor beging er die gleichen Fehler. Er führte nach seiner Gewohnheit keinen entscheidenden Schlag. Er begnügte sich mit Andeutungen und erwartete ein spontanes Eingreifen der Andern. Dazu kam sein gänzlichliches Unvermögen zu improvisieren. Er hatte im äußersten Fall damit gerechnet, daß man ihm den Prozeß mache. Er versagte völlig vor der unvorhergesehenen Wendung der Dinge, die nicht in seine Gedankengänge paßte. Man fühlt sich an seinen ersten mißglückten Versuch, Louvet aus dem Stegreif auf seine Anklage zu antworten, erinnert. Er respektierte die Vertretung des Volkes als solche zu sehr, um gegen sie als Institution vorgehen zu können. Er hätte sich nur

dazu befugt geglaubt, wenn der ursprüngliche Volkswille, die höchste Instanz im Staate, ihn dazu getrieben hätte. Daß die Masse von sich aus einen solchen Entschluß nicht fassen kann, daß sie jemanden braucht, der ihre Wünsche artikuliert, das konnte er nicht sehen. Als er sich endlich überzeugen ließ, war es zu spät. Der gleichfalls Zögernde, seines Erfolges absolut nicht sichere Konvent hatte sich zum Handeln entschlossen. Dieselbe Charaktereigenschaft, die ihn als Incorruptible an die Spitze der Revolution getragen hatte, wurde ihm zum Verderben als es galt, nicht den Prinzipien, sondern den Realitäten entsprechend zu handeln. Der Theoretiker der Revolution war nur so lange eine Macht, als man die alten Gewalten zerstörte, was man sehr wohl im Namen reiner Prinzipien tun kann. Als es galt, die praktischen Verhältnisse zu gestalten, wobei es immer darauf ankommt, mit den Menschen zu rechnen, wie sie sind, nämlich schwankend und auf ihr eigenes Fortkommen und ihre Sicherheit bedacht, da versagte er, der glaubte, den Eigennutz aus dem Leben ausschalten zu können.

Hier liegen die tieferen Gründe seines Sturzes. Die Revolution war in ein Stadium eingetreten, in der das Höchstmaß der Veränderung erreicht war. Der Staat mußte unter Verzicht auf die Utopie in eine lebensfähige, wenn auch unvollkommene Form gebracht werden. Jetzt war der Augenblick für einen Mirabeau oder einen Danton. Beide waren nicht mehr. Robespierre war, wie wir gesehen, bedingungsloser Idealist. Er wollte durch die Ausrottung der Schlechten den Staat der Guten schaffen, der dann von selbst vollkommen sein mußte. Dabei sah er die Notwendigkeit der Organisierung der Verhältnisse, wie sie einmal waren. Aber seine eigene Theorie stand ihm hier im Wege. Er wußte, daß eine Zusammenfassung der Staatsgewalt notwendig war. Seine Auffassung vom Staat aber erlaubte dies gerade nicht. Um die Herrschaft eines Einzelnen zu vermeiden, wollte Robespierre die Autorität einer Körperschaft übertragen. Der Konvent war zu zahlreich. Die Exekutive mußte, um handeln zu können, von einer kleineren Anzahl ausgeübt werden. Da boten sich die beiden großen Komiteés, von denen Robespierre den Wohlfahrtsausschuß in das entscheidende Regierungsorgan umwandeln wollte. Der Konvent sollte als oberstes Kontrollorgan,

als Vertreter des Volkswillens, über dem Ganzen stehen. Aber die Volksvertretung in ihrer augenblicklichen Zusammensetzung gefiel ihm nicht. Es saßen nicht nur reine Patrioten in ihr. Sie mußte revidiert werden, denn Neuwahlen hätten in diesem Augenblick, wo der Westen noch von den Royalisten beherrscht war, kaum eine in seinem Sinne bessere Volksvertretung zu Stande gebracht. Hier ist das Moment, das ihn nun doch bedenklich nahe an die verhaßte Diktatur bringt. Er urteilte über wahren und falschen Volkswillen, er entschied, was dem Vaterlande nützlich war. Er setzt sich so an die Stelle des allgemeinen Willens. Er bekämpft alles, was nicht seiner Meinung ist, als gegenrevolutionär. Dies konnte hingehen, so lange sein tatsächlicher Einfluß nicht zu groß war. So lange er Abgeordneter war, so lange er nur mahnte und redete, erschien er vor allen andern als das Gewissen der Zeit, als ein treibender Faktor der Revolution. In dem Augenblick, wo er entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Ereignisse gewann, war er nicht mehr Mahner, sondern Leiter des Staates nach seinem Belieben. Der einzige Unterschied zwischen ihm und jedem andern Herrscher lag jetzt nur noch in seiner Anschauung vom Staat, und in der Tatsache, daß sein Einfluß zwar der größte von allen Einzeleinflüssen war, aber doch immer noch beschränkt von seinen Kollegen, vom Konvent, von der Stimmung der Zeit, deren Hauptträger er freilich lange Zeit selber war. Der Konflikt war unausbleiblich. Er mußte, frei von jedem Zweifel an sich selbst wie er war, die Führung erstreben, während er gleichzeitig durchtränkt von den Ideen Rousseaus die Leitung des Staates durch einen Einzelnen als Herrschaft des Einzelwillens über den allgemeinen Willen, der doch die einzig maßgebliche Instanz war, verdamnte. Sein radikales Sicheinsetzen für die Revolution mußte ihn an den obersten Platz führen, an die Stelle, wo es nur noch die Wahl zwischen dem eigenen Untergang oder der Verleugnung der revolutionären Ideale gab. Den einzigen Ausweg, den freiwilligen Rücktritt, konnte er nicht wählen, weil er sich als Träger und Förderer der Ideen unersetzbar glaubte. Ebenso wenig konnte er, wie später Napoleon, die Revolution um der Macht willen verleugnen, weil er als Mensch gar nicht bestanden hätte in dem Augenblick, wo er jene ihm heilige sein Leben erfüllende Idee aufgab.

Dieses Dilemma hängt unmittelbar mit seinem Charakter zusammen. Er war infolge seiner Veranlagung, die zu diskutieren ich dem Psychologen überlasse, ein Mensch, der irgendwie von der unmittelbaren Anschauung des Lebens abgeschnitten war. Nichts, was er sagt und woran er glaubt, stammt aus der Anschauung, sondern alles aus Büchern, vornehmlich aus einem Buch, dem Gesellschaftsvertrag. Dies ist es, was ihn zum Revolutionär macht, d. h. zu einem Menschen, der glaubt, die Welt nach seinem Kopf gestalten zu können. Nur aus dieser Lebensferne erklärt sich seine Auffassung vom Menschen. Nur jemand, der nichts vom Menschen versteht, der die Triebe des Lebens nicht kennt, kann glauben, daß man die Menschheit tugendhaft machen könnte, ohne das Leben selbst zu zerstören, daß es möglich sei, einen Staat auf der Basis der Moral zu organisieren. Robespierre glaubt in unerschütterlichem Optimismus an die Güte des Volkes, d. h. der Masse, die nicht in Einzelhandlungen hervortritt. Er glaubt, man brauche nur die Schlechten auszurotten, um die Herrschaft der Guten auf dieser Welt zu errichten. Er weiß natürlich, daß er selbst zu den Guten gehört. Er trägt den Namen des Unbestechlichen mit Stolz. Er hat niemals die Grenzen seines Wesens gefühlt, sie nie anerkannt. Er hat niemals begriffen, daß in jedem Menschenleben Recht und Unrecht unlösbar verknüpft sind. Er läßt die Leute guillotiniert und, wie Kretschmer so schön sagt, „fühlt nicht, daß das weh tut.“ Er hat keinen Sinn für den Wert des Lebens. Er ist kalt, stößt menschlich ab. Es sind dies die Eigenschaften, die seinen Aufstieg wie seinen Sturz gleicherweise bedingen.

Das Volk verehrte ihn, der auch in Paris im Wirbel der Ereignisse unter dem aufgehenden Stern seiner Berühmtheit seine einfache Lebensweise beibehielt. Es rechnete ihm als Tugend an, daß er, von Frauen nicht verführt, keine großen körperlichen Bedürfnisse besaß. Daß er lebte wie ein Asket, weil ihn die Freuden der Sinne nicht lockten, das verschaffte ihm die Liebe des kleinen Mannes, so daß er sich dies später selbst zur Tugend anrechnete. Kalt und sentimental zugleich erfüllte er sich mit den Ideen von der Güte und dem Elend des Volkes, spielte er sich als ihr Helfer auf. Dagegen haßte er alles, was Leben war, was über die bloße Nützlichkeit der täglichen Bedürfnisse hinaus-

geht. Die Künste seien ein Luxus der Reichen und förderten die Sittenlosigkeit. Er verachtete das Treiben um sich. Er haßte Mirabeau wegen der Fülle seines Lebens. Er lebte nur aus einem, nur für eins, die Prinzipien. Er sah keine Realitäten, er sah nur das Ziel in der Ferne. Um es durchzusetzen, wurde er klug, weitzblickend. Sein Mißtrauen half ihm. Die Revolution war sein Lebenselement. Er kannte nur eins, sie weiter und weiter zu bringen. Es gibt keinen Aufenthalt, keine Rücksicht. Er, der als Knabe Tränen über den Tod seiner Vögel vergossen hatte, opferte Tausende der Guillotine im Namen der Tugend. Er, der von der Vitalität her Versagende, rächte sich am Leben, indem er es einem Abstractum unterordnete. Eine Weile ging dies, war es notwendig. Die große Umwälzung brauchte Männer, die wie er, monoman an der Idee festhielten, ohne irgendeinen Schatten von Rücksicht, von Hemmung. Sie brauchte ihn so lange, bis der Elan der Unzufriedenheit erschöpft war. Robespierre war so lange Führer, als er mit seinen Ideen in der Richtung der Zeit stand. Als aber der Tag kam, wo die Reaktion gegen die alte Lebensform ihren Höhepunkt erreicht hatte, war es zu Ende mit der Laufbahn dessen, der nur dies Eine im Leben kannte. Die Form seines Unterganges war nebensächlich, dem Zufall überlassen.

So steht Robespierre vor uns als notwendiges Werkzeug der Geschichte. Sein Leben und Untergang ist in sich tragisch, weil es keine Möglichkeit der Rettung gibt. Allein es füllt uns nicht mit Mitleid, nicht mit Bewunderung, höchstens mit Grausen. Dieser Schatten eines Menschen vermag unsere Gefühle nicht in Wallung zu bringen. Ebenso wenig freilich erfüllen uns seine letzten Gegner mit Achtung. Sein Untergang befriedigt nicht als das Werk großer Seelen gegen eine kleine, seine Gegner waren verächtlich, während er doch wenigstens einen Ansatz zur Größe hat in der bedingungslosen Verfolgung seiner Ideen. Sein Ende befriedigt uns als der Sieg des Lebens über ein zerstörendes Element. Er, der das schlechthin Gute auf der Erde als allein existenzberechtigt ansah, der sich selbst als die Inkarnation des Guten betrachtete, wurde durch diese Einseitigkeit das negierende Prinzip schlechtweg, vom Leben, von der Vitalität aus gesehen, die er zerstörte, das Böse. Denn wie

er selbst einmal am Anfang seiner Laufbahn gesagt hat, die Wahrheit entfaltet sich nur in der freien Auseinandersetzung des Guten und des Bösen. Vernichtet man eine der beiden Kräfte des Lebens, so vernichtet man dies selbst. Robespierre hatte sich dieser Ursünde gegen das Leben schuldig gemacht, deshalb mußte er untergehen.

